



Regierungskrise in Belgien

Wie Wissenschaft mit dem Vakuum umgeht

Brüssel Wissenschaft ist im Stadtbild der belgischen Hauptstadt stets präsent. Das Atomium (Foto) ist mit seinen über 100 Metern Höhe weithin sichtbar. An den Hochschulen des kleinen Landes aber gibt es derzeit besondere Probleme. Belgien hat ein Haushaltsdefizit von 22 Milliarden Euro – und ist seit gut einem Jahr ohne gewählte Regierung. Wo eine künftige Regierung sparen könnte, steht derzeit noch in den Sternen. An den belgischen Universitäten aber dürfte dieses Vorhaben kaum spurlos vorübergehen. **Brennpunkt Seite 38**

tipp der redaktion Arbeiten, wo es gefällt

Brüssel Wenn Sie mit dafür sorgen wollen, dass die Absolventen Ihrer Hochschule überall in Europa einen Job finden, dann können Sie bis zum 20. September über die Europäische Richtlinie zu Berufsqualifikationen abstimmen. Es geht dabei etwa um Ärzte, Architekten oder Ingenieure.

→ Internet: http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_directive_en.htm

Dieses Mal mit:

International Higher Education

Vierteljahresschrift des Boston College Center for International Education

themen

agenda

Erhöht: Ende Juni hat die Europäische Kommission ihre Finanzplanung vorgestellt. **Seite 4**

hochschule

Engagiert: Nur wenige Hochschulen in Europa setzen sich für Menschenrechte ein. **Seite 6**

forschung

Entwickelt: Wie ein PC-Programm internationale Zusammenarbeit optimiert. **Seite 7**

kontakte

Aufgewertet: Ein Projekt will Wikipedia für Wissenschaftler akzeptabel machen. **Seite 8**

ticker

Entschieden: Prof. Dr. Margret Wintermantel wird neue Präsidentin des DAAD. **Seite 14**



PLANEN

Mit der Uni ist als Trendsetter stets zu rechnen. In der Beschäftigungspolitik etwa setzt sie seit langem auf Erfahrung. Das galt bislang als unschick, jetzt entspricht es dem Zeitgeist. Wie eine Studie zeigt, ist heute jeder vierte Beschäftigte Ü50.

Foto: fotolia

→ Internet: www.iaq.uni-due.de/auem-report/2011/2011-02/auem2011-02.pdf

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

28. - 31. August

Brücken schlagen und Diversität voranbringen

Warschau Das 33. Jahrestreffen der European Higher Education Society, das sogenannte EAIR Forum, will Herausforderungen und neue Trends für Hochschulen vor dem Hintergrund einer wachsenden multikulturellen Gesellschaft und Diversifizierung diskutieren. Polen wurde als Gastgeber des Forums ausgewählt, weil der polnische Hochschulsektor in den letzten Jahren weitreichende Reformen realisiert hat.

→ Internet: www.eair.nl/forum/warsaw

30. September

Unterstützung beim Vernetzen von Forschungsaktivitäten

Brüssel Die Initiative COST (European Cooperation in Science and Technology) ist eines der ältesten Instrumente, mit denen die Forschungszusammenarbeit in Europa gefördert wird. Für die nächste Ausschreibungsrounde können Institute, Hochschulen oder Forscher aus der Privatwirtschaft Vorschläge für neue länderübergreifende Netzwerke einreichen.

→ Internet: www.cost.esf.org/participate/open_call

8. - 9. November

Gender als Erfolgsfaktor für wissenschaftliche Qualität

Brüssel Die europäische Plattform für Forscherinnen (EPWS) organisiert den ersten europäischen Gender-Gipfel. Ziel ist es, ein Manifest zu verabschieden, mit dessen Hilfe die Gender-Dimension künftig stärker in Forschungs- und Innovationsprozesse integriert wird.

→ Internet: www.gender-summit.eu

Konferenz

Zur Weltklasse-Universität werden: Welche neuen Ansätze und Nebenwirkungen gibt es?

Shanghai Der Terminus „Weltklasse-Universität“ ist im vergangenen Jahrzehnt zweifellos zu einem der wichtigsten Schlagwörter im Hochschulbereich avanciert. Er spiegelt zum einen das Bestreben der Hochschulen nach mehr Exzellenz in Forschung und Lehre wider. Zum anderen beschreibt er die Notwendigkeit, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, die sich aus dem zunehmenden globalen Wettbewerb im Hochschulsektor ergeben.

Über die neuesten Lösungsansätze, aber auch kritische Nebeneffekte dieser Entwicklung diskutieren Top-Entscheider aus dem Hochschulmanagement, der Politik, der Forschung und andere Experten aus der ganzen Welt auf der vierten „International Conference on World-Class Universities“, die vom 30. Oktober bis 2.

November 2011 in Shanghai stattfindet. Interessierte, die an der hochkarätigen Tagung teilnehmen wollen, können sich noch bis zum 1. August 2011 online anmelden.

Im Fokus sollen diesmal Entwicklungen unter anderem aus den aufstrebenden Bric-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China sowie aus Australien, Texas, Mexiko, Tschechien, Japan und Taiwan stehen. Auch mögliche Fehlentwicklungen werden thematisiert. So wird der Frage nachgegangen, ob durch das omnipräsente Weltklasse-Paradigma andere wichtige Hochschulentwicklungen – vor allem aus Ländern der zweiten und dritten Welt – zu stark an den Rand gedrängt werden.

cxm
→ Internet: www.gse.sjtu.edu.cn/WCU/WCU-4.htm

Vorschläge einreichen

Experten aus ganz Europa diskutieren über Qualitätssicherung im Hochschulbereich

Brüssel Was bedeutet Qualitätssicherung im Hochschulbereich? Welche neuen Trends, Erfahrungen, Forschungsergebnisse und Aspekte gibt es? Diesen Fragen gehen Experten im mittlerweile jährlich stattfindenden European Quality Assurance Forum nach. Die diesjährige sechste Ausgabe mit dem Titel „Quality and Trust: at the heart of what we do“ findet vom 17. bis 19. November 2011 in der University of Antwerp und dem Arteses University College statt. Es wird gemeinsam organisiert von den vier Verbündeten European University Association (EUA), European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), European Association of Institutions in Higher Education (Erashe) und der European Student's Union (ESU).

Erwartet werden rund 500 Teilnehmer aus dem Hochschulmanagement, Qualitätssicherungsgesellschaften, Forscher, Praktiker und Studenten.

Interessierte Teilnehmer können für das Forum noch Beiträge und Vorschläge sowohl für Diskussionen als auch für Workshops einreichen.



Foto: Wikimedia/Jroovers

Die University of Antwerp gilt als eine Vorzeige-Universität.

Die Abgabefrist endet am 1. August 2011. Weitere Informationen, etwa welche formalen Kriterien die Beiträge erfüllen sollten, sind zu finden im Internet.

cxm
→ Internet: www.eua.be/eua-work-and-policy-area/quality-assurance/qa-forum.aspx



Bruno S. Frey ist Wirtschaftsprofessor an der Universität Zürich. Er forscht interdisziplinär, unter anderem zum Thema Arbeitsmotivation in Wirtschaft und Wissenschaft.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

Motivation

„Menschen arbeiten vor allem für die Anerkennung durch andere Personen“

Geld oder Ehre? Was Forscher und Professoren zu Höchstleistungen anspornt, erklärt der Schweizer Motivationsforscher Bruno Frey.

duz Herr Frey, Mc Donalds lobt den besten Mitarbeiter des Jahres aus, IBM vergibt Prämien für die kreativsten Köpfe. Was bieten Hochschulen ihren Mitarbeitern, um sie zu motivieren?

Frey Auch in der Wissenschaftswelt gibt es solche Mittel extrinsischer, also von außen kommender Motivation. Dort sind es Preise und Auszeichnungen, die die Mitarbeiter anspornen sollen, der Preis für das beste Papier einer Konferenz etwa oder für das beste Buch des Jahres, die Verleihung eines Ehrendoktors oder des Nobelpreises.

duz Wissenschaftlern eilt der Ruf voraus, besonders intrinsisch motiviert zu sein. Sie werden durch ihre Neugier und ihren Erkenntnisdrang getrieben. Brauchen sie trotzdem noch die symbolische Motivation von außen?

Frey Tatsächlich spielt in der Wissenschaft intrinsische Motivation eine besonders große Rolle, auch für die Leistungsfähigkeit. Untersuchungen haben ergeben, dass intrinsisch motivierte Wissenschaftler kreativer und origineller arbeiten als extrinsisch motivierte, die gewöhnlich eher dem Mainstream folgen.

duz Dann sind Ehrungen eher kontraproduktiv?

Frey Es kommt auf das Zusammenspiel von intrinsischer und extrinsischer Motivation an. Wohl kein Forscher würde den Nobelpreis ablehnen, auch wenn es dafür kein Geld gebe. Menschen arbeiten vor allem für die Anerkennung durch andere Personen und zwar besonders durch ihre Referenzgruppe, ihre wissenschaftliche Community. Preise und Auszeichnungen sind hier ein bedeutender Motivator – und festigen das Interesse der Geehrten an der wissenschaftlichen Arbeit.

duz Inzwischen gibt es zahlreiche

Preise, um die sich Wissenschaftler selbst bewerben können. Ist das des Guten zuviel?

Frey Tatsächlich sind Überangebote uneffektiv. Wenn Mc Donalds den zigsten Mitarbeiter des Tages, des Monats und des Jahres auszeichnet, hat das immer weniger Wirksamkeit. In der Wissenschaft sehe ich aber keinen solchen maßlosen Umgang mit Auszeichnungen. Entscheidend ist etwas anders: Mit zusätzlichen Ausschreibungen ließe sich die Suche nach Erkenntnissen forcieren. So könnten Hochschulen zum Beispiel gesellschaftliche Probleme zum Thema von Preisen machen – und die besten Lösungen würdigen. Die Anerkennung durch Preise sollte eine größere Rolle spielen. Bei der Vergabe sollte der Fokus auf den Inhalt gerichtet sein.

duz Ist das derzeit nicht der Fall?

Frey Heute werden Inhalte immer mehr durch Ranglisten, Publikationen und Zitierungen verdrängt. Steht man auf so einer Liste weit oben, ist das häufig mehr wert als auf Erkenntnisgewinn ausgerichtetes Arbeiten.

duz Was können Hochschulmanager dagegen tun?

Frey Sie sollten sich stärker der inhaltlichen Diskussion stellen. Ist ein Thema tatsächlich neu, ist es spannend, führt es aus wissenschaftlicher Perspektive weiter? Das gilt für Berufungsverfahren wie für Projekte, die durch spezielle Förderungen unterstützt werden sollen.

duz Wie erkennt man, ob Bewerber erkenntnismotiviert sind?

Frey Durch Information und Kommunikation: Wer über Projektförderungen entscheidet, sollte möglichst viele wissenschaftliche Anträge selbst lesen und mit erfahrenen Wissenschaftlern inhaltliche Gespräche führen.

→ Kontakt: bruno.frey@econ.uzh.ch

Die Fragen stellte Marion Hartig.

Ausschreibungen aus Europa

Neurowissenschaften

Deutsch-japanische Zusammenarbeit

Bonn Die Initiative „Zusammenarbeit in Computational Neuroscience“ fördert deutsch-japanische Projekte im Bereich computergestützte Neurowissenschaften. Bis zum 8. August können sich Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie Firmen mit Projekten beim Bundesforschungsministerium bewerben.

→ Internet: www.bmbf.de/foerderungen/16396.php

→ E-Mail: karsten.georg@dlr.de

Energieforschung

Kommission fördert Verbundprojekte

Brüssel Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der EU können sich mit Projekten zu Brennstoffzellen und Wasserstoffwirtschaft um eine Förderung im Rahmen der Technologieinitiative „Fuel Cells and Hydrogen Joint Technology Initiative“ bewerben. Für die gemeinsame Initiative von EU-Kommission und Industrie kann man bis 18. August Anträge einreichen.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=usersite.FP7DetailsCallPage&call_id=401

→ E-Mail: p.swiatek@fz-juelich.de

Mobilität

Marie-Curie-Programm für erfahrene Forscher

Bonn An erfahrene Wissenschaftler, die derzeit außerhalb der EU tätig sind, wendet sich eine ein- bis zweijährige Forschungsförderung im Rahmen des Programms Marie Curie. Gemeinsam mit einer Einrichtung in Europa können die Forscher bis zum 11. August einen Antrag zu der Mobilitätsförderung „International Incoming Fellows“ stellen.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.PeopleDetailsCallPage&call_id=396

→ Nationaler Kontakt: www.humboldt-foundation.de/nks/iif.html

Allein gegen den Rest der Welt. So arbeiten leistungsstarke Männer am liebsten. Wie Berliner Sozialforscher herausfanden, wollen sich Männer dem Wettbewerb nur dann im Team stellen, wenn ihnen gleichstarke Partner zur Seite stehen.

Foto: Colourbox

→ Internet: www.wzb.eu

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Ende Juni hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 vorgestellt. Für Forschung und Innovation möchte sie mehr Mittel bereitstellen als in den vergangenen Jahren.

EU-Finanzrahmen

Wie Europa künftig die Forschung fördern will

Brüssel Die Verhandlungen über die künftige Forschungsförderung Europas gehen mit großen Schritten in die heiße Phase. Ende Juni hat die Kommission ihren Vorschlag für die mehrjährige Finanzplanung der EU vorgestellt. In den Jahren 2014 bis 2020 soll demnach das Gesamtbudget von 976 Milliarden auf 1.025 Billionen Euro ansteigen. 80 Milliarden davon wären in den sieben Jahren für Forschung und Innovation vorgesehen. Wie die Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn mitteilte, würde dieses Budget einen Zuwachs um satte 46 Prozent bedeuten. Das ist auf den ersten Blick ein stattlicher Betrag. Allerdings wird darüber – ebenso wie über das Gesamtbudget – derzeit kontrovers diskutiert. Ob sich der Vorschlag in den nun folgenden Verhandlungen zwischen Kommission, EU-Parlament und Ministerrat durchsetzt, ist also völlig offen.

Prof. Dr. Helga Nowotny, die Präsidentin des Europäischen Forschungsrats (ERC), mahnt zur Vorsicht. „Wir spüren zwar einen guten Wind für Forschung und Innovation, stehen aber erst am Beginn der Verhandlungen“, sagt sie. „Wir kennen die Prioritäten des Parlaments und Rates noch nicht. Die Zahlen können sich also noch stark verändern.“ Die geplante Aufstockung der Mittel für Forschung und Innovation sei zwar eine schöne Geste, konkrete Zahlen aber gebe es noch nicht.

Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz geht einen Schritt weiter. Der Vorschlag der Kommission sei „kein Sprung vorwärts“, sagt Prof. Dr. Margret Wintermantel. „Das vorgeschlagene Budget deutet auf eine Fortschreibung des geplanten Ist-Standes am Ende des 7. Forschungsrahmenprogramms hin.“

Das 7. Rahmenprogramm endet 2013. In ihm standen rund 55 Milliarden Euro für Forschungsförderung bereit. Der Nachfolger, der im Juni auf den Namen „Horizon 2020“ getauft wurde, tritt 2014 an seine Stelle und

„Wir spüren einen guten Wind für Forschung und Innovation.“

..... wird – wie der Name schon sagt – bis zum Jahr 2020 laufen. Eine Budgeterhöhung dürfte insbesondere deutsche Wissenschaftler freuen. Nach Zahlen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) profitieren sie am stärksten von den EU-Fördergeldern. Bis Ende 2010 warben sie knapp 20 Prozent der Mittel ein, die im Forschungsrahmenprogramm für ganz Europa zur Verfügung stehen. Das entspreche vollständig dem deutschen Finanzierungsbeitrag.



Aber wofür genau wird das Geld künftig ausgegeben? Bis Ende Mai hatte die Kommission zu dieser Frage einen öffentlichen Konsultationsprozess eingerichtet. Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit reichten darin ihre Vorschläge zur künftigen Forschungsausrichtung der EU ein. Anfang Juni sind die gesammelten Werke vorgestellt worden. In den knapp 800 eingereichten Positionspapieren und den 1300 beantworteten Online-Fragebögen zeichnete sich nach Ansicht der Kommission eine Unterstützung ihrer Strategie ab: Schwerpunktmaßig soll das Forschungsgeld demnach für Projekte ausgegeben werden, die die Innovationskraft der Gemeinschaft vorantreiben. In Kernbereichen wie Klimawandel, Energie- und Nahrungssicherheit oder gesundes Altern sollen innovative Ideen schneller zur Marktreife gebracht werden. Überdies soll die Förderung von Forschungsprojekten vereinfacht und entbürokratisiert werden (http://ec.europa.eu/research/csfr/index_en.cfm).



Michael Baßler hat 2010 einen Starting Grant des European Research Council (ERC) erhalten.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: Alexander Raths / fotolia

Für Forschung und Innovation soll es in den kommenden Jahren mehr Geld aus Europa geben. Die Union will sich so für den globalen Wettbewerb rüsten.

Dass mit der starken Betonung des Begriffs Innovation künftig anwendungsnahe Forschung bevorzugt wird, glaubt Helga Nowotny nicht. „Innovation ist jetzt zwar überall prominenter, besorgt um die Grundlagenforschung bin ich aber nicht“, sagt sie. „Ihre Bedeutung für die Zukunft Europas ist allseits anerkannt.“ Mit welchen Mitteln der ERC Grundlagenforschung in den Jahren ab 2014 fördern kann, sei derzeit allerdings noch nicht absehbar (s. S. 13).

Geistes- und Sozialwissenschaftler machen sich derweil Gedanken darüber, ob sie in den kommenden Jahren ausreichend Mittel zur Verfügung haben werden. Dr. Charlotte Fiala leitet in Brüssel das EU-Verbindungsbüro der Freien Universität Berlin. „Im 7. Forschungsrahmenprogramm standen den Geistes- und Sozialwissenschaften rund 600 Millionen Euro im Programm Verbundforschung zur Verfügung“, sagt sie. „Wir befürchten, dass dieses eigenständige Programm und Budget im neuen Rahmenprogramm gekürzt werden könnte, obwohl eine Erhöhung notwendig ist.“ Immerhin

sei im Haushaltsvorschlag positiv, dass er die Geistes- und Sozialwissenschaften explizit aufführt. Denn diese Wissenschaften hätten das Problem, dass sie normalerweise keine Produkte hervorbrächten, die man in großer Zahl verkaufen könne.

Die geistes- und sozialwissenschaftlichen Ansätze seien auch bei den großen Forschungsthemen der kommenden Jahre wichtig, meint Fiala. „Beim Thema Klimawandel oder alternde Gesellschaft zum Beispiel liefern sie wichtige Grundlagen für umweltfreundliches Verhalten, neue soziale Modelle und politische Anpassungsprozesse.“ Deshalb müsse die Intergration von Geistes- und Naturwissenschaften im neuen Rahmenprogramm unbedingt verbessert werden. Ob das geschieht, werden die kommenden Monate zeigen. Die Verabschiedung der exakten Vorschläge für die Finanzierungsprogramme wird sich dann voraussichtlich bis Ende 2012 hinziehen.

→ Internet: <http://ec.europa.eu/research>

Roland Koch ist duz-Redakteur.

Grundlagenforschung

„Ich habe in meiner Arbeit große Freiheiten“

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat Dr. Michael Baßler vom Institut für Mikrotechnik Mainz (IMM) im Jahr 2010 mit einem ERC Starting Grant ausgezeichnet.

duz Herr Baßler, was erforschen Sie mit den 1,5 Millionen Euro?

Baßler Ziel meiner Arbeit ist es, ein Gerät für die biomedizinische Forschung zu entwickeln, das gesuchte Zellen kostengünstiger identifizieren kann. In der klinischen Anwendung könnten damit beispielsweise Immunzellen im Blut gezählt werden. Aus deren Anzahl werden Therapieentscheidungen etwa für Aids-Patienten abgeleitet.

duz Der ERC fördert Grundlagenforschung. Fällt Ihre Arbeit in diesen Bereich?

Baßler Ja. Wir erforschen Grundlagen, aber kennen bereits relevante Anwendungen.

duz Reicht die derzeitige Förderung der Grundlagenforschung aus?

Baßler Die Förderung der Grundlagenforschung durch den ERC ist sehr gut. Als Preisträger wurde ich finanziell attraktiv ausgestattet und habe in meiner Arbeit große Freiheiten. Außerdem war der Aufwand für den Antrag in Relation zum Ertrag sehr gering. Ich denke aber, dass Grundlagenforschung im neuen Rahmenprogramm weiter ausgebaut werden sollte.

duz Die Strategie 2020 der EU zielt jedoch vornehmlich auf den Ausbau der anwendungsnahe Forschung.

Baßler Ja, leider. Wir sollten aber nicht vergessen, dass Grundlagenforschung die Basis für wissenschaftlichen Fortschritt ist. Die anwendungsnahe Forschung beruht auf ihr. Die Forscher in Europa müssen lernen, das besser zu kommunizieren und der Öffentlichkeit die Forschungsinhalte und ihre Bedeutung verständlich zu machen.

rk
→ Internet: www.imm-mainz.de



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Augen auf! Repressalien gegen Wissenschaftler gibt es immer wieder.

Das explizite Bekenntnis zur Einhaltung der Menschenrechte fehlt an den meisten Hochschulen in Europa. Nur eine von 15 Hochschulen hat einen entsprechenden Passus in ihrer Grundordnung.

von Johann Osel

Menschenrechte

Hochschulen zeigen im Kampf gegen Repressalien überraschend selten Flagge

Ankara/Berlin Es war ein Vortrag vor gerade einmal 37 Zuhörern, bei einer Veranstaltung der türkischen Regierungspartei AKP im Jahr 2006. Dr. Attila Yayla, Professor für politische Theorie an der Gazi-Universität in Ankara, sprach über Meinungsfreiheit in der Türkei. Die Periode von 1925 bis 1945 unter der Führung des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk, so erinnerte sich Yayla in einem Gastbeitrag der Süddeutschen Zeitung, „schnitt in meiner Bewertung keineswegs so progressiv ab wie in der Propaganda der Türkei. Ich fügte hinzu, dass es im Zuge der Debatte um einen EU-Beitritt möglich sein sollte, solche Themen ruhig zu diskutieren.“ Es sollte anders kommen: Zeitungen erklärten den Professor zum „Verräter“, Yayla wurde suspendiert und 2008 wegen Beleidigung des Staatsgründers zu 15 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Wenn es in Deutschland um akademische Freiheit geht, wird in der Regel das Korsett wirtschaftlicher Zwänge beklagt. Der Verstoß gegen Menschenrechte scheint weit weg zu sein, in diktatorischen Systemen, in Teilen Afrikas, Asiens oder in Staaten wie dem Iran. Inhaftierungen und Einschüchterungen von Forschern protokollieren

Menschenrechtler dort regelmäßig. Doch Vorfälle gibt es auch in Europas Nachbarschaft: Weißrussland wird oft genannt. Oder eben die Türkei. Auch wenn sie nicht zur Europäischen Union gehört, an den EU-Forschungsprogrammen und am Bologna-Prozess ist sie seit vielen Jahren beteiligt. „Wissenschaftsfreiheit ist ein wesentlicher Teil der Meinungsfreiheit“, sagt Markus Löning (FDP), Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Es wäre zu begrüßen, dass Europas Wissenschaftler nicht nur in Länder blicken, wo Missstände erwartbar sind, sondern auch in ihre unmittelbare Nachbarschaft.

Das geschieht überraschend selten. Die Nationale Akademie Leopoldina hielt im Herbst 2010 erstmals ein Symposium zum Thema ab. „Es reicht nicht, auf Missstände hinzuweisen“, erklärt Prof. Dr. Johannes Eckert, Vorsitzender des Menschenrechtskomitees der Leopoldina. Schon bei der Anbahnung von Kooperationen sollte die Einhaltung von Menschenrechten als selbstverständliche Grundlage vorausgesetzt werden. Doch bis dahin ist noch ein weiter Weg. Dem International Human Rights Network of Academics and Scholarly Societies (IHRN) haben sich mittlerweile immerhin

Akademien und Gelehrtengesellschaften in 70 Ländern angeschlossen. Trotzdem, betont der Generalsekretär des Universitätsverbunds Campus Europae, Prof. Dr. Christoph Ehmann, gebe es „wenige Herausforderungen, die ein stärkeres Engagement von uns verlangen als die Verwirklichung der Menschenrechte“. Campus Europae hatte kürzlich bei einer Tagung darüber diskutiert, wie die Einhaltung der Menschenrechte in Partnerschaften und Forschungsprogrammen verankert werden könnte. Wie Prof. Dr. Jean-Paul Lehners von der Uni Luxemburg erklärte, führt derzeit nur eine von 15 Unis in Europa das Bekenntnis zu Menschenrechten explizit in ihrer Grundordnung auf.

Flagge zeigen können Europas Hochschulen schon, indem sie sich der UN-Initiative „Academic Impact“ anschließen und damit die Prinzipien unterstützen, die im Hochschulsektor weltweit gelten sollen. Das Bekenntnis zur Einhaltung der Menschenrechte gehört dazu. Der „Academic Impact“-Bewegung haben sich in Deutschland bislang gerade einmal fünf Hochschulen angeschlossen.

→ Internet: <http://academicimpact.org>

→ Internet: www.ihrnetwork.org/

Schnupfen, Niesen, Heiserkeit. Wer sich krank ins Büro schleppt, schadet seiner Gesundheit und, Sie ahnen es, der deutschen Volkswirtschaft. Ihr gehen dadurch rund 225 Milliarden Euro pro Jahr flöten. Als ob man mit dem Geld nichts Besseres anzufangen wüsste!

Foto: Colourbox

→ Internet: www.felix-burda-stiftung.de

WISSEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Patentwesen

Computerprogramm als Übersetzungshilfe

Dublin Weil ein einheitliches EU-Patent in Europa immer noch auf sich warten lässt, ist die Anmeldung eines Patents für Forscher nicht nur aufwendig, sondern auch teuer. Fast 30 000 Euro kostet ein Patent, das in 13 europäischen Ländern für zehn Jahre gültig ist. Rund 8 000 Euro entfallen davon alleine auf Übersetzungen in den jeweiligen Landessprachen, stellte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft Anfang Juni fest. Um Sprachbarrieren aus dem Weg zu räumen und um Kosten zu sparen, baut ein internationales Forscherteam gerade den mehrsprachigen Übersetzungsdiensst Patent language translations online (Pluto) auf. „Er soll Forschern und Unternehmen nicht nur das Übersetzen schwieriger Texte, sondern auch die Suche nach Patenten und Informationen zu Patenten erleichtern“, sagt Projektkoordinator Dr. John Tinsley von der Dublin City University. Das lohne sich, weil Investoren Rechtsstreitigkeiten in Sachen geistiges Eigentum vermeiden möchten.

Beteiligt sind an dem 4,4-Millionen-Euro-Projekt, das zur Hälfte über das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm finanziert wird, außer den Iren noch drei Organisationen aus Belgien, Schweden und den Niederlanden. Herkömmliche Übersetzungssoftware, sagt Tinsley, hätte oft Probleme, die technische Sprache der Patentdokumente richtig zu übersetzen. Dies soll das Pluto-Programm besser machen. „Übersetzungen für Englisch-Französisch und Englisch-Portugiesisch sind fertig. Bis Ende dieses Jahres sollen Englisch-Japanisch und Englisch-Deutsch folgen“, sagt der Projektkoordinator. Chinesisch, Russisch und Spanisch sind für 2012 anvisiert.

Wie gut das Programm arbeitet, testet derzeit eine Nutzergruppe anhand verschiedener Demonstrationsversionen. Ziel sei, das System zu verbessern. Auch deutsche Forschungseinrichtungen und Hochschulen können an den Tests teilnehmen. hbj

→ Internet: www.pluto-patenttranslation.eu

Kommunikation

Eine Software bringt internationale Forscherteams näher zusammen

Ein von Wissenschaftlern der Universität Oxford entwickeltes Kommunikationsportal soll die Zusammenarbeit von Forschungsteams vereinfachen.

Oxford International und interdisziplinär zu forschen, gilt heutzutage als wichtige Forscherpflicht. Das weiß inzwischen nahezu jeder Wissenschaftler. Was viele dabei gerne übersehen: Die Kommunikation mit den Forscherkollegen im In- und Ausland ist zwar notwendig und erfolgversprechend, frisst aber enorm viel Zeit. Der Austausch von Ideen, die Kommunikation, das Schreiben von Anträgen und Publikationen – für all dies nutzen Wissenschaftler die unterschiedlichsten Programme, für die dann auch noch oft verschiedene Passwörter zu merken sind. Zu lästig war das irgendwann für Prof. Dr. David Gavaghan, Computerwissenschaftler an der Oxford University, denn: „Die unterschiedlichen Anwendungen erschweren die Forschungstätigkeit.“ Deshalb hat sein Forschungsteam mit colwiz (collective wisdom) eine Software entwickelt, die nun das Management der eigenen Forschungsprojekte beschleunigen soll – von der Idee über die Durchführung bis hin zur Veröffentlichung der Forschungsergebnisse.

Herzstück der Online-Plattform ist eine Bibliothek. Daraus können sich Forscher Publikationen runterladen, um sich eine eigene Datenbank zusammenzustellen. Ob sie Windows, Linux oder einen Mac nutzen oder von unterwegs auf das Internet Zugriff haben, spielt dabei keine Rolle. Ergänzt wird die Bibliothek durch unterschiedlichste Werkzeuge, welche die Zusammenarbeit effizienter gestalten. Es gibt beispielsweise ein Mailingsystem, Terminplaner, Kalenderfunktionen, Diskussionsgruppen und verschiedene Werkzeuge für die Arbeit mit pdf-Dokumenten. Eine derartige

interdisziplinäre IT-Plattform habe bislang gefehlt, weil dafür die Power der Computer nicht ausreichte, sagt der 45-jährige Chefwissenschaftler des colwiz-Projektes.

Dass die kostenlose Software auf Gegenliebe bei Studierenden, Doktoranden, Postdocs und Professoren stoßen könnte, hat bereits die erste Märzwoche gezeigt, in der die Plattform online ging. Damals meldeten sich Wissenschaftler aus mehr als 300 Forschungsinstituten weltweit an. Groß ist die Resonanz auch hierzulande: Wissenschaftler aus mehr als 40 Hochschulen und Max-Planck-Instituten seien der Plattform schon beigetreten. Doch das ist erst der Anfang: 100 000 Nutzer hat sich der Professor für Computational Biology bis Ende des Jahres als Zielmarke für colwiz gesetzt. hbj

Kontakt

Prof. Dr. David Gavaghan
University of Oxford
Telefon: +44 1865 610667
Mail: david.gavaghan@comlab.ox.ac.uk
Internet: www.colwiz.com

Foto: University of Oxford



David Gavaghan entwickelt eine Kommunikationssoftware speziell für Forscher.

Wikipedia und die Wissenschaft fanden bislang nicht recht zusammen. Die Online-Enzyklopädie galt für die professionelle Nutzung als nicht glaubwürdig genug. Das Projekt Wiki-Watch könnte dieses Vorurteil aus der Welt schaffen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Wolfgang Stock

Benjamin Haerdle

Qualitätsmanagement

Wissenschaftler wollen Wikipedia zitabel für die Forschung machen

Frankfurt/Oder Wohl jeder Wissenschaftler hat es schon heimlich gemacht, doch nur wenige würden es zugeben: Mal schnell bei Wikipedia nachgeschlagen, um nach einem Stichwort zu suchen. Offiziell halten aber viele Wissenschaftler weiterhin Abstand zum Online-Lexikon. Der Medienwissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Stock von der Europa-Universität Frankfurt/Oder will den Ruf von Wikipedia in der Science Community nun aufpäppeln: „Das Projekt Wiki-Watch möchte die Glaubwürdigkeit von Wikipedia-Artikeln erhöhen“, sagt Stock.

Stock und sein Kollege Prof. Dr. Johannes Weberling haben dafür im vorigen Herbst die Arbeitsstelle Wiki-Watch an der Juristischen Fakultät der Viadrina gegründet, die Informationen zum Nutzerverhalten von Wikipedia liefert. Nun ist zum Beispiel bekannt, dass die deutschsprachige Internetseite pro Tag zwischen 25 und 30 Millionen Klicks hat, welche Beiträge täglich am meisten gelesen und bearbeitet werden oder welche Artikel Tag für Tag neu dazukommen. „Wikipedia hat mit mehr als 1,2 Millionen Einträgen mittlerweile ein Informationsmonopol“, sagt der 52-jährige Stock, der an der Universität Oxford zum Thema deutsche Europapolitik promoviert wurde.

Interessant ist Wiki-Watch für Wissenschaftler aber vor allem deswegen, weil Nutzer mit der Eingabe eines Stichworts die Qualität des gewünschten Artikels

überprüfen können. Das könnte Wikipedia zitabel machen für die Wissenschaft, galt doch mangelhafte Qualität immer als einer der Hauptvorwürfe. Fünf Sterne vergibt Wiki-Watch als Höchstwert für einen Artikel. „Entscheidend dafür sind die Anzahl der Autoren und die der Quellen“, sagt Stock. Je mehr Quellen ein Text aufweise und je mehr Schreiber an dem Artikel mitarbeiteten, um so positiver falle die Beurteilung aus.

Hinzu kommt, dass Wiki-Watch den von der US-University of California entwickelten Algorithmus Wiki-Trust übernommen hat. Damit lässt sich die Vertrauenswürdigkeit einzelner Textpassagen anzeigen: Erscheint ein Textabschnitt mit weißem Hintergrund, wurde er von vielen vertrauenswürdigen Autoren überarbeitet. „Dann erfüllt er alle formalen Bedingungen und ist mit großer Wahrscheinlichkeit unbedenklich zu nutzen“, sagt Stock. Nicht vertrauenswürdige Passagen erscheinen vor einem orange-farbenen Hintergrund. Je intensiver das Orange, desto geringer ist die Glaubwürdigkeit des Eintrags.

Stock selbst hat kein Problem, wenn seine Studierenden Wikipedia zitieren. „Wenn sie den genauen Zeitpunkt der Recherche dokumentieren und sich erkennbar quellenkritisch damit auseinandersetzen, akzeptiere ich das“, sagt der frühere FAZ-Journalist. Ein Restrisiko bestehe allerdings immer. Das sei aber bei jeder Quelle so.

Kontakt

Prof. Dr. Wolfgang Stock

Arbeitsstelle Wiki-Watch im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht an der Juristischen Fakultät/ Europa-Universität Frankfurt/Oder

Tel: 0172/2900387

Mail: stock@europa-uni.de

Internet: www.wiki-watch.de

.....
Phil Macnaghten ist
Geowissenschaftler an der Uni-
versität Durham.



Studierendenbetreuung

Bessere Evaluation mit neuen Methoden

London Für den Studienerfolg werden gerne Professoren verantwortlich gemacht. Das mag stimmen, aber nur zum Teil. Unterschätzt werden an den Hochschulen oft die Leistungen der Studienberater – also jener Mitarbeiter, die in Fragen der Studienfinanzierung, Karriereplanung und Wohnungssuche helfen oder internationalen Studierenden mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ein Evaluierungskonzept mit neuen Methoden und Instrumenten der britischen Organisation Association of Managers of Student Services in Higher Education (Amosshe) könnte nun helfen, den Einfluss der Berater auf Lernerfolg und Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden genauer einzuschätzen. „Wir wollen damit über die gängige Befragung hinausgehen, die nur wissen will, wie zufrieden Studierende mit der Betreuung sind“, sagt der Amosshe-Vorsitzende Dr. Andrew West. Er wird das Methodenset auf einer Tagung des Deutschen Studentenwerks am 12. Juli in Berlin vorstellen.

Die Anleitung kann aber auch direkt von der Amosshe-Internetseite heruntergeladen werden. Sie gibt Tipps für eine Evaluation, beschreibt Methoden und Instrumente und liefert Beispiele für gelungene Untersuchungen, die britische Unis bereits gemacht haben. Schnell und einfach umzusetzen seien die Methoden aber nicht, warnt der Leiter des Studierendenservices der Uni Sheffield: „Es braucht Zeit, um die nötigen Daten zu ermitteln und die aufwendigen Interviews und Fragebögen auszuwerten“, sagt West. Dennoch seien die Methoden sehr wichtig: „Sie helfen, finanzielle Ressourcen effizienter einzusetzen und verbessern die Qualität der Beratung.“ hbj

Kontakt

Dr. Andrew West

Amosshe

Tel.: +44 20 7380 6633

Mail: info@amosshe.org

Internet: www.amosshe.org.uk

Öffentlichkeitsarbeit

Wie Wissenschaftlern die Kommunikation mit der Gesellschaft besser gelingt

Forschungsergebnisse gegenüber einem breiten Publikum zu vertreten, ist oft kein leichtes Unterfangen. Aber es ist ein wichtiger Teil des Wissenschaftsmarketings.

Durham „Lasst uns mal forschen und dann hinterher der Öffentlichkeit mitteilen, was das für ethische und moralische Konsequenzen hat.“ Nach diesem Motto hat die Wissenschaft in der Vergangenheit oft genug gehandelt. „Doch diese Denkweise ist veraltet“, sagt Prof. Dr. Phil Macnaghten, Geowissenschaftler der Universität Durham. Wie Wissenschaftler stattdessen ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit vermitteln und als Teil des Wissenschaftsmarketings aufzuziehen sollten, hat er auf der Konferenz Science Marketing Anfang Juni in Rotterdam dargelegt. Sein Appell: „Wissenschaftler müssen bei ihrer Kommunikation mehr Verständnis dafür aufbringen, dass nicht nur sie, sondern auch die Öffentlichkeit rational argumentiert.“

Erfahrungen auf diesem Gebiet hat Macnaghten, der an der Universität Durham das Institute of Hazard and Risk Research gründete, vor allem als Leiter des EU-Projekts Deepening Ethical Engagement and Participation with Emerging Nanotechnologies (Deepen) gesammelt, das ethische Herausforderungen für die Gesellschaft durch die Nanotechnologie untersuchen sollte. Seine Erkenntnis aus dem mittlerweile abgeschlossenen internationalen Vorhaben: „Egal ob Nanotechnologie, Gentechnik oder Biotechnologie, die Menschen glauben nicht mehr, dass Wissenschaft unweigerlich zu einem sozialen Fortschritt führt“, sagt er. Ganz im Gegen teil: Oft fühlten sie sich nicht ausreichend informiert und im Dunkeln gelassen. Wissenschaftler dürften Gegenargumente deshalb nicht als emotional und irrational abtun, sondern sollten im Kontakt mit der Öffentlichkeit vielmehr einen antizipatorischen Weg einschlagen.

Konkret heißt das für die Forscher: Sie sollten Unsicherheiten über mögliche

Folgen ihrer Arbeit bereits im Voraus der Gesellschaft erklären und begründen können, warum sie ihr Thema für so wichtig erachten. Zudem sollten sie Antworten auf Fragen finden, ob und wie die Allgemeinheit von der Forschung profitiert, ob sie soziale Ungerechtigkeiten schafft oder ob sie mit dem europäischen Wertesystem auf einer Linie liegt. „Entscheidend für mehr Akzeptanz ist die richtige Kommunikation“, sagt Macnaghten. Und nicht nur auf das Wie, sondern auch das Wann komme es an. „Wissenschaftler sollten sich in einem frühen Stadium ihrer Forschung Gedanken über mögliche Folgen machen“, rät er.

Das Problem der richtigen Kommunikation nach außen ist für Wissenschaftler aber nur ein Aspekt des Marketings. Betroffen wird dabei auch die Frage nach ihrer ethischen und sozialen Verantwortung für die eigene Forschung. Geht es nach der EU-Kommission, könnte dafür künftig der einzelne Wissenschaftler verantwortlich gemacht werden. In diese Richtung läuft zumindest derzeit die Ausarbeitung eines Code of conduct, an dem Macnaghten und ein europäisches Expertenteam mitwirken und der unter dem Schlagwort „verantwortungsvolle Forschung“ auch Teil des neuen 8. EU-Forschungsrahmenprogramms werden könnte. „Natürlich ist es sehr schwierig zu antizipieren, welche Folgen die eigene Forschung haben kann“, gestehst Macnaghten. Allerdings bleibt Forschern letztlich keine andere Wahl. Wenn sie Fördermittel beantragen wollen, müssen sie die EU-Rahmenbedingungen akzeptieren. hbj

Kontakt

Prof. Dr. Phil Macnaghten

Department of Geography

Durham University

Fax: +44 191 33 41801

Mail: p.m.macnaghten@durham.ac.uk

Internet: www.dur.ac.uk/geography/research/groups_and_clusters/?mode=staff&id=4323



KENNEN

Ein schönes Stück vom Kuchen will jeder abbekommen – aber wie teilt man gerecht? Zwei US-amerikanische Mathematiker haben das Rätsel jetzt gelöst und eine Formel für Gerechtigkeit gefunden, die jeder kennen sollte.

Foto: pixelio

→ Internet: <http://math.stanford.edu/~stange/papers.html>

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Seit dem Reaktorunfall von Fukushima erfährt die grüne Idee ungeahnten Rückenwind – auch in der Wissenschaft. In zahlreichen Netzwerken arbeiten Hochschulen bereits zusammen. Ein neuer Verbund entsteht jetzt in Europa.

Klimawandel

Was Netzwerke für Nachhaltigkeit den Hochschulen bringen

Brüssel Es ist noch gar nicht so lange her, da wurden Professoren, die sich für eine ökologische und nachhaltige Zukunft einsetzten, belächelt. Heute gehören sie einer wachsenden Community an und ihr Wissen ist in Zeiten von Energiewende und Klimawandel gefragt wie nie. Prof. Dr. Uwe Schneidewind, der Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie beobachtet derzeit in Deutschland auch eine starke „politische Flankierung“ des Themas Nachhaltigkeit. Ausschlaggebend dafür sei nicht zuletzt der Regierungswechsel in Baden-Württemberg. „Das bringt auch richtig Schwung in die Debatte an den Hochschulen hinein“, sagt der Autor des Buches „Nachhaltige Wissenschaft“.

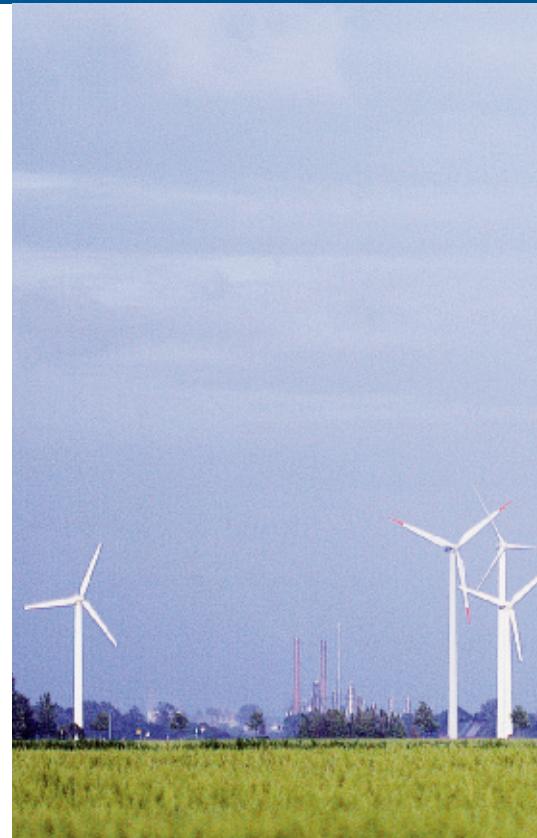
Der Aufwind der grünen Idee ist mittlerweile in vielen Teilen der Welt zu spüren. In den USA haben sich beispielsweise die Präsidenten von Universitäten und Colleges auf einer Internetplattform zusammengeschlossen (www.presidents-climatecommitment.org). In Europa macht sich die European University Association (EUA) seit 2009 für Hochschulen stark, die Energieforschung betreiben. Beim Netzwerk EPUE (European Platform of Universities Engaged in Energy Research) haben sich 155 Hochschulen eingeschrieben, darunter 17 deutsche. Noch befindet sich das Projekt allerdings in der Pilotphase, sagt Dr. Lidia Borrel Damian von der EUA. Bisher seien

vor allem Daten darüber gesammelt worden, welche spezielle Ausrichtung die einzelnen Hochschulen verfolgten. Am 21./22. September soll es ein erstes Treffen mit den Mitgliedshochschulen in München geben. „Wie die künftige Zusammenarbeit konkret aussehen wird, hängt vom Bedarf und der Vision der Universitäten ab. Sie werden letztlich selbst ihren Austausch gestalten.“ Ein Ziel könnte sein, so Borrell Damian, gemeinsame europäische Kurse in Master- oder Doktorandenprogrammen zu organisieren. Mittels der langfristig gesicherten

.....
„Wie die Zusammenarbeit aussehen wird, hängt vom Bedarf der Universitäten ab.“
.....

Finanzierung durch die EUA könnten auch größer angelegte Projekte und Grundlagenforschung besser gefördert werden.

Der Professor und Leiter des Forschungs- und Transferzentrums „Applications of Life Sciences“ der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg, Dr. Walter Leal, räumt der EPUE gute Chancen ein. Viele Initiativen und Netzwerke, die seit Ende der 80er-Jahre entstanden, seien nicht nachhaltig angelegt gewesen, sagt der Herausgeber



der Zeitschrift International Journal of Sustainability in Higher Education. „Die traurige Eigenschaft von solchen Initiativen war, dass sie von kurzer Lebensdauer waren. Sie hatten eine schwache finanzielle Struktur und die Hochschulen selbst waren selten bereit, wirklich in Nachhaltigkeit zu investieren.“ Auch wenn ihre Mitgliedszahl hoch lag, sei der Nutzen solcher Netzwerke eher gering gewesen. Denn selten gingen sie über gemeinsame Mailinglisten und Deklarationen hinaus. Immerhin, gibt Uwe Schneidewind zu bedenken, habe eine „Generalsensibilisierung“ der Hochschulen für das Thema stattgefunden.

Inzwischen sind aus gemeinsamen Absichtserklärungen Taten geworden. Die Copernicus-Charta, die sich die Idee eines „green campus“ auf die Fahnen geschrieben hat, unterzeichneten seit 1993 mehr als 300 Universitäten. Daraus ist 2010 die Copernicus Alliance (www2.leuphana.de/copernicus) erwachsen, ein europäischer Verbund aus derzeit 15 Mitgliedsinstitutionen aus sieben Ländern, der sich in Arbeitsgruppen



Michael Wörz ist Sprecher des Netzwerks Hochschulen für Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Foto: Maren Beßler/pixelio



Mit vereinten Kräften lassen sich neue Projekte besser vorantreiben. Beim Thema Neue Energien schließen sich deshalb auch immer mehr Universitäten zusammen.

unterteilt und Konferenzen mitorganisiert. Demnächst wollen sie die Richtlinien der Charta überarbeiten und der Zeit gemäß neu definieren.

„Nachhaltigkeit lässt sich am besten umsetzen, wenn man sie konkretisiert“, sagt Leal. So findet der HAW-Professor auch den Fokus auf das Thema Energieforschung im Fall der EUA Erfolg versprechend. Andere Netzwerke und Arbeitskreise sind auf eine Region begrenzt, wie etwa die Initiative Hochschulen für Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg (s. Interview). Dass Zusammenschlüsse auch im Kleinen effektiv sein können, will der Verbund Nachhaltige Wissenschaft (NaWis) zeigen. Die Runde ist ein Zusammenschluss transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung zwischen Schneidewinds Wuppertal-Institut, der Leuphana-Universität Lüneburg und der Universität Kassel. Ihr Ziel: Kooperationen in der Lehre und eine enge Forschungszusammenarbeit. „Die Wissenschaft braucht ein neues Verständnis von Nachhaltigkeit“, sagt Schneidewind, der den Internetblog

„Nachhaltige Wissenschaft“ betreibt. Das Thema sei nicht nur als technische Baustelle zu verstehen. „Die technischen Lösungen haben wir, aber es fehlt an Wissen, wie wir Transformationsprozesse gestalten.“ Da sei vor allem von den Universitäten ein stärkerer interdisziplinärer Ansatz gefordert.

Die Vorteile für die Universitäten liegen darin, dass sich in Netzwerken Kompetenzen bündeln lassen und dass man Gelder für Forschungsprojekte besser einwerben kann. Daraus ergebe sich eine Profilierungschance im Wettbewerb und eine neue Sichtbarkeit vor allem kleinerer Universitäten, die damit Studierende anlocken, sagt Schneidewind. „Solche Austauschplattformen sind aber auch für Hochschulmanager wichtig, die interdisziplinäre Studiengänge zur Nachhaltigkeit einführen wollen und dabei zum Beispiel auf interne Widerstände stoßen.“

→ Internet: www.eua.be

Grit Weirauch ist Journalistin in Berlin.

Fachhochschulen

„Unser Traumziel wären zehn Professuren für Nachhaltigkeit“

Wie Hochschulen für Angewandte Wissenschaften im Südwesten die Nachhaltigkeit fördern, sagt Prof. Dr. Michael Wörz von der Hochschule Karlsruhe.

duz Welche Rolle spielen die Fachhochschulen in Baden-Württemberg bei der Energiewende?

Wörz In der Nachhaltigkeitsdebatte ist die Energiefrage eines der Hauptthemen. Es geht darum, kostengünstigere Technologien für alternative Energiequellen zu entwickeln und Potenziale des Energieeinsparens zu finden. Bei beidem ist die Wirtschaft auf die Fachhochschulen angewiesen, auf gut ausgebildete Ingenieure und Betriebswirte, die in der Lage sind, ihr professionelles Tun am Konzept der nachhaltigen Entwicklung auszurichten.

duz Was konnte Ihr Netzwerk bisher bewegen?

Wörz Seit 1995 beschäftigen wir uns mit dem Thema und haben mittlerweile mehr als 100 Lehrveranstaltungen entwickelt. Inzwischen stellt jede FH einen Senatsbeauftragten für Nachhaltigkeit. Das ist ein wichtiger institutioneller Schritt, denn die dafür gewählten Professoren organisieren ihrerseits die Implementierung der Nachhaltigkeit in die einzelnen Fachbereiche.

duz Was erhoffen Sie sich von Ihrer neuen grün-roten Landesregierung?

Wörz Wir erhoffen uns vor allem eine starke finanzielle und personelle Unterstützung, die den bislang ehrenamtlich agierenden Professoren an die Seite gestellt wird. Derzeit haben wir eine Professur, die sich landesweit um Nachhaltigkeit kümmert. Unser Traumziel wären für 20 Hochschulen zehn Professuren für Nachhaltigkeit.

→ Internet: www.rtwe.de/hne

Die Fragen stellte Grit Weirauch.



Foto: Wikimedia

Der frühere Europaminister Laurent Wauquiez ist nun für Frankreichs Hochschulsektor zuständig.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Hochschulpolitik

Neuer Ressortchef treibt Unireform voran

Paris Im Zuge der Regierungsumbildung in Frankreich Ende Juni ist Laurent Wauquiez zum neuen Hochschulminister ernannt worden. Er soll die Universitätsreform seiner Amtsvorgängerin Valérie Pécresse fortführen. Die 44-Jährige wechselte als Ministerin ins Haushaltsressort. Wenige Tage vor der Regierungsumbildung hatte Pécresse Pläne für eine Reform der Licence vorgestellt. Dieser französische Hochschulabschluss nach drei Jahren Studium, vergleichbar einem Bachelor-Abschluss, soll verbessert werden, ohne zu sehr in die Autonomie der Universitäten einzugreifen. Sosollen Studierende künftig innerhalb von drei Jahren mindestens 1 500 Lehrstunden belegen. In den Geisteswissenschaften lag die Pflichtstundenzahl bislang bei durchschnittlich nur 1 432. Zudem sollen mit einem sogenannten „pluridisziplinären Sockel“ ein vielfältigeres Angebot und eine individuellere Ausbildung ermöglicht werden. Geplant ist auch, dass Studierende künftig die Qualität der Lehre evaluieren können. Unklar ist aber noch, wie die zusätzlichen Lehrstunden finanziert werden und wann die Reform starten soll. Ursprünglich war ein Beginn im Herbst 2012 geplant. ce

→ Internet: www.enseignementsup-recherche.gouv.fr

Abkommen

Schavan stärkt Kooperation mit China

Berlin Deutschland und China wollen ein gemeinsames Wissenschaftskolleg der Sozial- und Geisteswissenschaften aufbauen. Dies vereinbarten Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan und ihr chinesischer Kollege Yuan Guiren Ende Juni. Zudem sollen künftig jeweils 20 000 Studierende und Wissenschaftler an Austauschprogrammen teilnehmen. Geplant sind auch Modellpartnerschaften zwischen Hochschulen und eine stärkere Zusammenarbeit in der Forschung. hbj

Privatisierung

Philosoph plant luxuriöse Elitehochschule

London Eine kostenintensive private Hochschule in London will einerseits die Geisteswissenschaften vor einem schleichenden Bedeutungsverlust retten und andererseits renommierten Unis wie Oxford und Cambridge die Stirn bieten. Das ist zumindest der Plan des Gründers, des Philosophen Prof. Dr. Anthony Grayling. Das New College of the Humanities (NCH) soll ab Herbst 2012 mit 14 international renommierten Professoren für 200 Studierende die Fächer Recht, Volkswirtschaft, Geschichte, Literaturwissenschaft und Philosophie anbieten. Doch seit der Veröffentlichung der Pläne Anfang Juni hagelt es Kritik: Ein Studienjahr soll mit 18 000 Pfund (rund 25 000 Euro) deutlich mehr kosten als an staatlichen Unis, wo eine Maximalgebühr von immerhin 9 000 Pfund (rund 10 300 Euro) festgelegt ist. Beobachter bezeichnen Graylings Vorhaben als übertrieben elitär. Dabei könnte das NCH auf der Insel Schule machen. Die britische Regierung hat im Hochschulwesen massiv gekürzt und will private Investoren zur Gründung motivieren. (Siehe Presseschau S. 15) ce

→ Internet: www.nchum.org

Anreizsystem

Niederlande wollen Geschwindigkeit belohnen

Amsterdam Niederländische Universitäten werden künftig belohnt werden, wenn ihre Studenten die Regelstudienzeiten eingehalten. Sie sollen dafür zusätzliche Gelder vom Staat bekommen, teilte die niederländische Regierung Mitte Juni mit. Ab dem Jahr 2016 sollen in die Hochschulen insgesamt 200 Millionen Euro zusätzlich für die Verbesserung der Lehre fließen. Universitäten, deren Studenten die Studienzeiten nicht eingehalten, erhalten keine Extramittel. Außerdem bekommen die Hochschulen mehr Spielraum, ihre Studierenden selbst auszuwählen. Im Gegenzug für diese Zugeständnisse sollen sich die

Universitäten untereinander besser beim Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen absprechen. Damit sind die niederländischen Hochschulen vom aktuellen Sparprogramm der Regierung verschont geblieben. Jedoch ist die Diskussion noch nicht beendet, inwieweit sie dennoch von Kürzungen betroffen sein könnten. ce

→ Internet: www.government.nl

Terrorismus

Rektor in Dagestan ermordet

Makhachkala Im nordkaukasischen Dagestan ist der gegen radikal islamistische Ideen eintretende Rektor der islamischen Universität, Prof. Maksud I. Sadikov, Anfang Juni ermordet worden. Vor seinem Haus in Makhachkala, der Hauptstadt von Dagestan, haben Schüsse ihn sowie seinen als Bodyguard tätigen Neffen tödlich getroffen. Sadikov war Sufi-Moslem und ein prominenter Befürworter der These, dass radikale Ideen dadurch bekämpft werden könnten, indem der Sufismus im Bildungsbereich unterstützt würde. Eine moderate islamische Ausbildung sei das beste Mittel gegen Terrorismus, so eine seiner Aussagen aus diesem Frühjahr. Der Rektor war aufgrund dieser Meinung und der staatlichen Unterstützung, die der Hochschule aus dem Kreml gewährt wurde, ins Fadenkreuz militanter Gruppen geraten. An Sadikovs Universität werden momentan 1 300 Studenten zum Lehrerberuf ausgebildet. ce

→ Internet: <http://itimo.ru/>

Wissenschaftsethik

Fälschung ohne Folgen für spanische Forscher

Vigo In Spanien betrachtet ein Teil der Wissenschaftsgemeinschaft Plagiate offenbar als Kavaliersdelikt. Bereits im Januar hatte das amerikanische Fachmagazin „Journal of Chemical & Engineering Data“ eine massive Fälschung von sechs spanischen Forschern aufgedeckt und die Veröffentlichung als „duplicate publication“



Pssst! Als Hort der Stille ist die Bibliothek längst überholt. Heute darf auch geredet werden. Etliche Bibliotheken haben dennoch Ohrstöpsel-Automaten aufgestellt, damit man in Ruhe arbeiten kann, zum Beispiel in München, Marburg oder Mainz.

Foto: Colourbox

→ Pfeiltext: www.blogs.uni-mainz.de/ub/2011/05/20/ohrstopselautomat/

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

abgelehnt. Die Autoren der Universität Vigo hatten in einem Fachartikel teilweise wörtlich Ergebnisse chinesischer Forscher übernommen, ohne die Quellen kenntlich zu machen. Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) nun herausfand, hatte die Hochschule jedoch bis Ende Juni offenbar keinerlei Konsequenzen aus dem Plagiatsvorwurf gezogen. Die spanischen Forscher hätten lediglich ein Rechtfertigungsschreiben verfasst, in dem sie eine „Kette von Fehlern“ und „absoluten Mangel an Koordination“ einräumten, den Begriff des Plagiats jedoch nicht gelten ließen. Inzwischen soll jedoch ein Untersuchungsausschuss der Hochschule eingesetzt worden sein.

→ Internet: <http://pubs.acs.org/journal/jceaa> www.uvigo.es/

Synergien

Europas Forschungsrat hat neue Förderlinie

Brüssel Der Europäische Forschungsrat (ERC) führt mit den „ERC Synergy Grants“ eine neue Förderlinie ein. Unterstützt werden damit Forschungstechniken, die bereichsübergreifend einmalig sind. Bewerben können sich Gruppen von zwei bis vier Forschenden, die glaubhaft darlegen, dass ihr Projekt nur in der speziellen Konstellation dieser Personen möglich ist. Voraussichtlich im Oktober 2011 zum ersten Mal ausgeschrieben, können Projekte bis Januar 2012 eingereicht werden. Nähere Informationen sollen Ende Juli folgen. 2012 könnten zunächst bis zu 15 solcher Projekte mit jeweils bis zu 15 Millionen Euro für einen Zeitraum von bis zu sechs Jahren gefördert werden.

→ Internet: <http://erc.europa.eu/>

Finanzierung

Solidarpakt für Bildung

Berlin Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. Günter Stock hat einen Solidarpakt für Bildung, Wissenschaft und Forschung angeregt. Er rief Mitte Juni auf dem

Leibniztag dazu auf, über einen „langsamem Umstieg und eine begrenzte Verlängerung“ des noch bis 2019 laufenden Solidarpaktes nachzudenken. Angesichts der im Jahr 2017 auslaufenden Exzellenzinitiative könnten damit dringend notwendige Investitionen unter anderem in die universitäre Ausbildung getätigt werden. Den Solidarpakt gibt es seit 1995. Er sollte nach der Wiedervereinigung den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer vorantreiben.

hbj

Open Access

Digitalisierung ist Aufgabe für Hochschulmanager

Leuven Strategien zum Umgang mit Open Access sollten künftig an die oberste Führungsebene im Hochschulmanagement angebunden werden. Das regt die Europäische Vereinigung der Forschungsuniversitäten, League of European Research Universities (LERU), an. Mitte Juli stellte der Verband seine „Roadmap towards Open Access“ vor. Darin plädieren Experten unter anderem dafür, in Hochschulen eine Leitungsperson für die Entwicklung und Umsetzung von internetbasierten Publikationsformen

verantwortlich zu machen. Entscheidend sei, dass das hochschuleigene Open-Access-Konzept zur Gesamtstrategie einer jeden Universität passen müsse.

→ Internet: www.leru.org

Statistik

Rückgang bei Habilitierten

Wiesbaden In Deutschland ist die Zahl der Habilitationen gesunken. Im Jahr 2010 schlossen 1755 Wissenschaftler ein Habilitationsverfahren ab und damit vier Prozent weniger als im Vorjahr, teilt das Statistische Bundesamt Ende Juni mit. Ein Grund für den Rückgang dürfte die Einführung der Juniorprofessur sein. Im Jahr 2009 wurden 994 Juniorprofessoren gezählt, 2002 lag die Zahl noch bei lediglich 102. Der Frauenanteil ist 2010 um einen Prozentpunkt gestiegen und lag damit erstmals bei rund 25 Prozent. Die Statistiker teilten weiterhin mit, dass die öffentlichen und privaten Hochschulen im Jahr 2009 knapp 39 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung ausgegeben haben. Das waren 6,9 Prozent mehr als im Jahr 2008.

cxm

Plagiatsaffäre

Koch-Mehrin gibt Sitz in EU-Ausschuss auf

Brüssel Die FDP-Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin verzichtet auf ihren Sitz im Forschungsausschuss des EU-Parlaments. „Ausschlaggebend für ihren Rücktritt war die scharfe Kritik deutscher Wissenschaftsorganisationen“, sagte ihr Pressesprecher Georg Streiter Ende Juni. Zuvor hatte die Allianz der Wissenschaftsorganisationen erklärt, sie halte es für nicht akzeptabel, wenn Koch-Mehrin im Forschungsausschuss des EU-Parlaments Deutschland vertrete. „Plagiate in wissenschaftlichen Arbeiten sind alles andere als ein Kavaliersdelikt“, sagte Allianz-Sprecher Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, Präsident der Leibniz-

Gemeinschaft. Kurz zuvor hatte die Uni Heidelberg der 40-jährigen Politikerin wegen Plagiats den Doktortitel entzogen. (duz-MAGAZIN 7/2011, S. 7)

Foto: www.koch-mehrin.de



Silvana Koch-Mehrin beugt sich der öffentlichen Kritik.

Margret Wintermantel wird zum Jahreswechsel neue DAAD-Präsidentin.



Foto: Fiege/HRK

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Forschungsausgaben

6,3 Milliarden Euro für die Wissenschaftsförderer

Bonn Bund und Länder haben die Förderung der deutschen Wissenschaftsorganisationen zwischen 2006 und 2010 um 1,1 auf 6,3 Milliarden Euro gesteigert. Dies geht aus dem 5. Monitoring-Bericht zum Pakt für Forschung und Innovation hervor, den die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz Ende Juni veröffentlichte. Damit unterscheidet sich Deutschland von vielen anderen Staaten, weil es trotz der Finanzkrise in die Forschung investiert habe. hbj

→ Bericht: www.gwk-bonn.de

Studiengebühren

Debatte köchelt wieder

Kiel/Potsdam Auf der Suche nach neuen Finanzquellen plädiert die Landesrektorenkonferenz (LRK) Schleswig-Holstein für sozialverträgliche Studiengebühren. Diese sollten nach dem Studium und ab einem bestimmten Gehaltsniveau erhoben werden, sagte LRK-Vorsitzender Prof. Dr. Gerhard Fouquet (Uni Kiel) Ende Juni. In Brandenburg sprach sich derweil der Präsident der Universität Potsdam Dr. Thomas Grünewald für das in Rheinland-Pfalz praktizierte Studienkontenmodell aus. hbj

Forschungserfolg

Schnellster Rechner der Welt steht in Japan

Tokio Forscher des Instituts für physikalische und chemische Forschung (RIKEN) in Tokio und des IT-Konzerns Fujitsu haben einen Rechner entwickelt, der die aktuelle Rangliste der 500 schnellsten Rechner der Welt anführt. Das wurde auf der Supercomputing-Konferenz in Hamburg Ende Juni bekannt. Mit mehr als acht Billionen Rechenleistung pro Sekunde ist er mehr als dreimal schneller als der bisherige Spitzenreiter aus China. Im Sommer 2012 soll das Gerät fertiggestellt sein. ce

Amtswchsel

Wintermantel verlässt Rektorenkonferenz

Bonn Prof. Dr. Margret Wintermantel wird ab dem 1. Januar 2012 neue Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Wie der DAAD Ende Juni mitteilte, habe die Mitgliederversammlung die amtierende Präsidentin der Hochschurektorenkonferenz (HRK) mit großer Mehrheit ins neue Amt gewählt. Die 64-jährige Psychologin folgt Prof. Dr. Sabine Kunst nach, die den DAAD-Posten bis zum Februar innehatte. Unklar ist, wer die HRK nach Wintermantels vorzeitigem Abgang ab dem neuen Jahr führen wird. hbj

Fachkräftemangel

Hochqualifizierte in Deutschland erwünscht

Berlin Die Bundesregierung will mit dem Konzept „Fachkräfteförderung“ mehr ausländische Spitzenkräfte ins Land locken. Wie das Mitte Juni vom Kabinett verabschiedete Papier unter anderem vorsieht,

entfällt bei Maschinenbau- und Elektroingenieuren sowie bei Medizinern künftig die Vorrangprüfung. Damit musste die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung früher nachweisen, dass sie für diese Stellen keine geeigneten Arbeitskräfte in Deutschland und der EU finden konnte. hbj

→ Internet: www.bmas.de

Eurostudent-Studie

Viele Akademikerkinder an deutschen Hochschulen

Kopenhagen In Deutschland studieren im Vergleich zur Schweiz oder zu den Niederlanden überdurchschnittlich viele Akademikerkinder. Das ist ein Ergebnis des vierten Eurostudent-Berichts, der Mitte Juni in Kopenhagen präsentiert wurde. Insgesamt ist die Studierendenschaft in ganz Europa sehr heterogen, was als Herausforderung für die Unis gewertet wird. So liegt in Norwegen der Anteil der über 30-jährigen Studenten bei einem Drittel. Vorgelegt hat den Bericht zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in 25 Staaten die Hochschulinformations-System GmbH. ce

→ Internet: www.eurostudent.eu

Chef der Präsidenten

Förderer für Hochschulverständigung mit Afrika

New York Die International Association of University Presidents (IAUP) hat seit Juni einen neuen Chef: Der Präsident der US-Fairleigh Dickinson University (FDU) in New Jersey Dr. Michael Adams rückt bis 2014 an die Spitze des Netzwerks von 600 Hochschulspitzen aus mehr als 100 Staaten. Seine Amtszeit steht unter dem Motto „Brückenbildung durch höhere Bildung“. Insbesondere mit afrikanischen Universitäten will er Hochschulkooperationen vorantreiben. Der promovierte Philosoph ist schon lange als Förderer globaler Bildung bekannt und Mitglied des Steuerungsrates der United Nations University in Tokio.

Michael Adams will die globale Bildung fördern.



Foto: Fairleigh Dickinson University

67. Jahrgang

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Prusky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prusky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de

Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de

Christine Xuân Müller (c xm), Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: c.mueller@raabe.de

Redaktionsassistentin: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:

axpertDESIGN, Berlin

Satz und Grafik:

ESM Berlin

Druck:

Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:

Frank van Bebber (fvb), Benjamin Haerdle (hbj), Marion Hartig (mh), Eva Keller (eke), Textagentur Café Europe

Titelfoto:

O. Palson/Flickr

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Prusky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Anke Weltzien, Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-31, Fax: -50, ISDN: -50
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2011.

Kundenservice und Unternehmenssitz:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594

Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger

USt-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Ein duz-Abo beinhaltet 22 Ausgaben im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA). Der Jahresbezugspreis beträgt 129 Euro, der Halbjahresbezugspreis 68 Euro (für Studierende, Promovendinnen und Referendare 35 Euro). Alle Preise verstehen sich inklusive 7% Mehrwertsteuer und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 Euro (für Studierende, Promovendinnen und Referendare 35 Euro). Ermäßigtes Abonnement kann nur direkt beim Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung wird gemäß dem Bezugsjahr (nicht Kalenderjahr) gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Kündigung des Abonnements muss 6 Wochen vor Ende des Bezugsjahrs/-halbjahrs beim Verlag eingegangen sein.

ISSN-Nr. 1869 – 7402

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion angehören, kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbeanzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Europäische Presseschau

zusammengestellt von der Textagentur Café Europe, St. Gallen

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Plädoyer für mehr Professorinnen

Paris Prof. Dr. Vincent Berger, Präsident der Universität Paris-Diderot, beklagt in „Libération“ mangelnde Geschlechtergleichheit an Hochschulen: „Während 59 Prozent der Absolventen weiblich sind, findet man auf der höchsten Ebene weniger als 20 Prozent Frauen. (...) Weniger als zehn Prozent der europäischen Universitäten werden von Frauen geführt. (...) Frauen sind wenig motiviert, sich um Professoren-Titel zu bewerben. Ist intellektuelle Durchsetzung nicht verbunden mit einer Aggressivität, die als maskulin gilt? Diese tief in unserer Kultur verankerten Stereotypen beeinflussen bei der Einstellung. Gegen das Phänomen der Selbstzensur muss man erfolgreiche Forcherinnen stellen, die Studentinnen vom Interesse ihrer Institution an ihnen überzeugen. (...) Gegen die Diskriminierung brauchen wir paritätische Auswahlkomitees.“ (...) (*Liberation*, 08. Juni 2011)

→ Internet: www.liberation.fr

„Abscheuliches“ Elitedenken in London

London 25 000 Euro soll ein Studienjahr am New College of Humanities kosten. Das kritisiert Prof. Dr. Terry Eagleton von der Lancaster University im „Guardian“ als „abscheulich“: „Für diese Summe würde ich 24-Stunden-Tutoren verlangen, die mir das Wissen per Fingerschnippen beibringen (...) und meine Socken bügeln. (...) Wenn ein US-typisches System der privaten liberalen Colleges hier Fuß fasst, wird das schon geschwächte staatliche System einen Zweite-Klasse-Status erhalten. (...) Dieses Stück des sogenannten privaten Sektors wird parasitär auf den öffentlichen wirken. (...) Gerade jetzt, da sich Oxford und Cambridge in die moderne demokratische Welt geschleppt haben, wird ein ‚Ultra-Oxbridge‘ angeboten, das noch weniger Studierende der Arbeiterklasse zulässt als Cambridge in den 1960er-Jahren.“

(*Guardian*, 06. Juni 2011)

→ Internet: www.guardian.co.uk

Chinas Unis sind Tempel der Indoktrination

Peking Das chinesische Hochschulsyste sei auf Indoktrination und Kontrolle ausgerichtet, schreibt ein anonyme Blogger mit Pseudonym Francis Ernouf in seinem Hochschulblog: „Die Universitäten sind Tempel der Indoktrination, wo Meinungsfreiheit stark eingeschränkt, (...) und die konformistischsten Mitglieder ausgezeichnet werden. Rebellen werden vertrieben. Ausländische Professoren werden durch andere Mechanismen ausgeschlossen. (...) In verschiedenen Universitäten von Peking habe ich bei internationalen Studenten eine Art Depression bemerkt, (...) Mangel an Freude und Zuversicht. (...) Ausländische, in den Chinaaustausch involvierte Hochschuladministrationen sind auf diesem Ohr taub, weil es einfacher ist, das Geld zu nehmen und Kritik zu ignorieren – zu internationalisieren ohne Gewissen oder Ethik.“

(*Le Blog Educ'Chine*, 17. Juni 2011)

→ Internet: <http://blog.educpros.fr>

Hochschulrankings sind fragwürdig

Kopenhagen Vergleichsstudien der Nordic Universities bewerten Hochschulrankings als fragwürdig, urteilt der Informationswissenschaftler Dr. Jesper Wiborg Schneider in „Politiken“: „Ranglisten bewerten Universitäten nach einer Reihe variierender Parameter, die in einer undurchsichtigen und unüberschaubaren Mischung aus Größe, Prestige, Produktion und Durchschlagskraft gewichtet werden. Die Wahl unterschiedlicher Parameter bedeutet, dass die Platzierung einer Universität zwischen den Rankings variieren kann. Das kann man mitunter als Zeichen der Vielfalt ansehen. Aber nicht alle Parameter sind gleich glaubwürdig. Insbesondere bibliometrische Indikatoren, also die Zählung der Publikationen und Zitate, variieren. (...) Deshalb kann man sich fragen, wozu diese Ranglisten überhaupt nützen.“

(*Politiken*, 23. Mai 2011)

→ Internet: www.politiken.dk

Journal of the European Higher Education Area – A new journal for a new era

With the official launch of the European Higher Education Area in 2010, a new era has begun.

It is in this context that we are pleased to present a new publication, the Journal for the European Higher Education Area. This new publication builds upon the efforts of the Bologna Handbook to bridge higher education policy and practice while further strengthening the focus on learning and teaching.

There is widespread awareness across Europe of the importance of a strong and vibrant research sector for Europe and its citizens, and of the major contribution that universities can make to this effort. This includes, amongst others, a stronger focus on undergraduate teaching programmes that will support Europe's research capacity and help produce highly skilled young graduates and citizens to meet the needs of the rapidly changing labour markets and societies of the future.

The Journal for the European Higher Education Area will seek to address learning and teaching through consideration of a wide range of topics and areas both within and outside higher education institutions – all of which relate to this core issue. Thus readers can expect to learn about:

- Trends and new approaches to research-based learning and teaching
- Dealing with access, lifelong learning and student services
- Tackling governance, management and funding challenges
- Institutional structures to support innovative learning and teaching
- How quality assurance can enhance teaching and learning
- Internationalisation of learning and teaching and global collaboration

The Journal for the European Higher Education Area will be published in print and as an e-version accessible through the EHEA online library. It will appear 4 times per year, and will include 6-7 articles per issue.

Editorial Board:

- Leslie Wilson, Secretary-General of the European University Association (EUA)
- Howard Davies, Senior Adviser, Higher Education Policy, EUA
- Michael Gaebel, Head of the Higher Education Policy Unit, EUA
- Jürgen Kohler, Professor of Private Law, former Rector of Greifswald University
- Lewis Purser, Director for academic affairs at the Irish Universities Association

Questions?

You'd like to learn more about this new publication? Please contact:

Dr. Roman Kabakov, phone: +49 (0)30-212987-33, email: r.kabakov@raabe.de

Order quickly and easily by fax: +49 (0)711 – 6 29 00 55

Special offer for early birds!

**Order now by filling in and sending back the order coupon, and benefit
from a 10% discount on all issues. Valid until 22 July 2011!**

International Higher
Education is the quarterly
publication of the Center
for International Higher
Education.

The journal is a reflection of the Center's mission to encourage an international perspective that will contribute to enlightened policy and practice. Through *International Higher Education* a network of distinguished international scholars offer commentary and current information on key issues that shape higher education worldwide. *IHE* is published in English, Chinese, and Russian. Links to all editions can be found at www.bc.edu/cihe.

The Middle East

- 2 Reforming Higher Education in the Middle East—and Elsewhere
Philip G. Altbach
- 3 Oman's Academic Dreams
Philip G. Altbach
- 4 Saudi Arabian Developments
Philip G. Altbach

Internationalization Issues

- 6 Internationalization Misconceptions
Hans de Wit
- 8 Korean Students in the United States
Hanna Kim
- 9 The Decline of Japanese International Students
Yukiko Shimmi

Responses to Crises

- 11 Where Is Japan Heading After the Earthquake?
Kazuko Suematsu
- 12 Building a World-Class System in Ireland's Financial Crisis
Ellen Hazelkorn

Africa Focus

- 14 The Availability of Academic Journals in Africa
Jonathan Harle
- 16 Closing the Digital Gap in Africa
Anna Bon

Private Higher Education

- 17 Politics and Demographics in Poland
Marek Kwiek
- 19 Private Higher Education in Pakistan
Nelofer Halai

Quality-Assurance Issues

- 21 Internationalizing Quality Assessment in Central Asia
Martha C. Merrill, Shakhnoza Yakubova and Zhazira Turlanbekova
- 23 Quality Assurance in China: The Changing Context
Kathryn Mohrman

Reforming Higher Education in the Middle East—and Elsewhere

PHILIP G. ALTBACH

Philip G. Altbach is Monan professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College.

Among the rallying cries of the youthful revolutionary movements in the Middle East is a demand to reform higher education. The complaints are numerous and well founded. They include political interference at many levels, overcrowded classrooms, an inefficient and unresponsive administration, a decline in quality at all levels, an irrelevant curriculum, underqualified professors, and perhaps most significantly—degrees that do not lead to jobs.

PROBLEMS

The problem is that most of these demands cannot easily be met, regardless of the goodwill of new government and academic authorities or of a strong commitment to academic change. The crisis of Middle East higher education is systemic and requires an entire reconsideration of national higher education strategy. Resources, human and financial, are needed to a scale that is not practical to provide, at least in the short and probably the medium term.

At play are several fundamental issues that are not unique to the Middle East. The first is the inevitable massification of higher education. In the past several decades, every Middle Eastern country has not only experienced an explosion of the youth population but also an expansion in the numbers of young people attending universities. An additional phenomenon, common to many developing countries including the Middle East, is that higher education expansion has outstripped the ability of the economy to absorb university graduates. It is simply easier to expand enrollments than it is to provide jobs. Also, governments have the further incentive to “park” young people in universities for a while, rather than have them immediately join the ranks of the unemployed. A final issue is the deterioration of the average quality of higher education in the mass systems. Again, it is not surprising that, in the context of a mass system generally unaccompanied by concomitant increases in funding, greatly expanded enrollments result in diminished quality. Not only are students literally unable to find room in classes, but also their teachers often have no more than bachelor’s degrees themselves.

WHAT CAN BE DONE NOW?

There are few “quick fixes” to deeply flawed higher education systems. One of these already being carried out in Egypt is depoliticizing the universities. Students demanded the removal of political appointments of administrators, controls over student elections, surveillance of students, and the other elements of the police state that pervaded Egyptian campuses; and to a considerable extent this trend has been accomplished.

It may be possible to enhance administrative efficiency by emphasizing sound academic values and installing officials committed to the improvement of the universities. Corruption can be rooted out. Publicly emphasizing that the universities are now committed to academic values, excellence, and quality improvement may help boost morale, although this plan is not enough.

The crisis of Middle East higher education is systemic and requires an entire reconsideration of national higher education strategy.

THE LONG ROAD AHEAD

Unfortunately, real change is harder and requires both resources, as well, as a roadmap. Neither of these policies are easy to mobilize. Resources without policy produce waste. Creating practical higher education policy for any Middle East country is difficult to accomplish.

The reality of mass higher education is universal. As Egypt has shown, it is not enough to expand existing universities to enrollments of 200,000 or more students and to create new mass universities without clear missions or any semblance of appropriate resources. Parts of a program for reform and improvement include an appropriate mix of higher education institutions with differentiated missions, perhaps dismantling some of the mega-universities into smaller institutions, harnessing the growing but inadequately regulated private higher education to serve the public interest, and encouraging academics to obtain higher qualifications and paying them adequately.

Egypt, because of its large population and dependence on human resources for its future, also needs to have at least one world-class research university that can compete internationally, produce relevant research, and provide educated PhDs for the local market.

Other Middle East countries will have somewhat different circumstances and needs, but all face rather similar challenges.

THE DILEMMAS

Implementing reform is a challenge. One of the main problems concerns funding. For countries like Egypt and Tunisia, which have traditions of free or low-cost public higher education, charging meaningful tuition at the public universities is tremendously controversial and perhaps politically impossible in the atmosphere. Yet, this strategy is, perhaps unfortunately necessary, for it is impossible, except perhaps in Saudi Arabia and a few oil-rich Gulf countries, to have free-public higher education. Thus, ways will need to be found to introduce tuition fees, perhaps combined with appropriate loan and grant funds. There are simply insufficient public resources to support a quality mass higher education system.

The improvement of higher education in the Middle East includes upgrading the academic profession and providing an academic culture that promotes productivity. With a few notable exceptions, the quality of both teaching and research in the region is not high. Relatively few aca-

The improvement of higher education in the Middle East includes upgrading the academic profession and providing an academic culture that promotes productivity.

demics hold doctorates. With the exception of Saudi Arabia and a few Gulf countries, academic salaries are quite low. Academics have been kept down by the bureaucratic rules of the civil service, inadequate salaries, high teaching loads, and political repression—a powerful combination of negative forces. Ways will need to be found to build a creative academic culture and provide an academic environment so that the “best and brightest” will be attracted to teach and do research. Part of the problem will necessitate creating an academic system that rewards teaching and service in the majority of universities that accomplish little research.

Good governance also forms a necessary ingredient for any effective university. Academics must not only be well educated and reasonably paid, but they must have a role in the governance of the university. This process will be especially difficult to implement in the Middle East, where a combination of political control and a bureaucratic culture have stifled universities for decades. The demands of stu-

dents to fully participate in governance are strong in the current environment, and students do have an appropriate role as members of the academic community. Experience shows, however, that the most successful universities are largely governed by the professoriate. Universities also need management, and professional administrators play an indispensable role. Thus, the most-effective universities are complex institutions that require significant autonomy in a broader context of accountability to the public.

The final dilemma is one of the most difficult ones—the relationship between the university to the employment market. Even well-qualified graduates cannot be guaranteed jobs if the economy is stagnating. Unemployed university graduates are a potent political force in many countries, and it is difficult to match the output of graduates to the available employment opportunities. The best reforms the educational system can do is to ensure the education of well-qualified graduates.

No doubt, the deficiencies of the higher education system contribute to political instability in the Middle East. Clearly, a significant reform is mandatory. Achieving needed reform in difficult political, social, and economic circumstances constitutes a daunting challenge. First, a road-map for change is needed. Then, a social consensus must emerge to implement it. ■

Oman's Academic Dreams

PHILIP G. ALTBACH

Philip G. Altbach is Moran professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College.

Oman, a small country of 3 million at the tip of the Persian Gulf, seeks to upgrade its main university so that it can join the ranks of world-class institutions. It is now engaged in a planning process to make this possible. The Sultan Qaboos University, with an enrollment of 14,700 students—almost half female—and a state-of-the-art campus on the outskirts of the capital, Muscat, has performed remarkably well since its founding in 1980. The university feels that it can now “go to the next level” and is developing a master plan for that purpose.

Oman itself is a remarkable place. The current ruler, Sultan Qaboos bin Said—whose name is not only on the university but also on the main mosque, a key highway, and many other things—is celebrating his 40th year on the throne in November. He literally brought the country out of

the Middle Ages in 40 years. When he deposed his father, there were exactly three schools in the entire country, symbolic of the previous ruler's distrust of anything modern. Now, Oman has a reasonable literacy, generally good infrastructure, a growing higher education system, and enlightened policies concerning women.

Sultan Qaboos University is the only public university in the country. The rest of the public higher education sector consists of vocational colleges. The country has chosen to permit the private sector to develop the rest of the higher

Sultan Qaboos University faces some significant challenges in its path to world-class status. The university has engaged in a fairly successful effort to “Omanize” the faculty. Now, almost half are Omanis, most of whom have been educated abroad, largely in the United States and United Kingdom.

education sector. New private universities, which are given significant government support to get started—including free land and government scholarships for students once they are established—seem to be somewhere between non-profit and for-profit. Most are backed by major business enterprises, and it is unclear whether the universities will make money once fully functioning. The country has a few foreign transplants offering specialized degrees in engineering and some other fields. These institutions do not seem to be top-class institutions in their home countries.

Sultan Qaboos University faces some significant challenges in its path to world-class status. The university has engaged in a fairly successful effort to “Omanize” the faculty. Now, almost half are Omanis, most of whom have been educated abroad, largely in the United States and United Kingdom. The university's policy consists of having about a quarter of its faculty as international members once localization is complete. Local staff are offered permanent appointments when hired, making it impossible to fire any Omani from the faculty and problematical in terms of ensuring productivity. Expatriate staff receive renewable three-year contracts but can never achieve permanent status. Building an academic culture based on research and teaching productivity is not an easy task, and the combination of permanent appointments and little accountability and limited term contracts for foreigners make the job

more difficult. Yet it is of central importance if the university is to become a research-intensive institution.

Location is also a challenge. While Oman is a stable and peaceful place with well-functioning infrastructure of all kinds, it is not exactly at the center of the academic firmament. Further, Oman faces competition from the glitzier academic enterprises elsewhere in the Gulf area, including the highly publicized branch campuses in Qatar and elsewhere. Among the Gulf's indigenous public universities outside of Saudi Arabia, Sultan Qaboos University may be the best of the lot. But attracting top scholars from abroad will be hard to accomplish. The university is starting to build meaningful linkages with overseas universities—probably a better strategy than simply subsidizing branch campuses which have little impact on local development and may siphon off many of the best students and faculty.

The university is in the midst of goal setting and planning for the coming decade or so. Some lack of clarity exists about the goals—should Sultan Qaboos University make the major effort required to be a full-fledged research university, or should it have more modest aims? The answers to this basic question will shape the future of the institution in the coming decade or more.

(This article appeared in *Times Higher Education*, London) ■

Things Under Way in Saudi Arabia's Universities

PHILIP G. ALTBACH

Philip G. Altbach is Moran professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College.

Saudi Arabia's higher education leaders are obsessed at the same time with rankings and aware that their universities neither compete well nor that the rankings serve to measure the most effective standards in their universities. The country has invested heavily in higher education and currently is engaged in a massive expansion and upgrading of the higher education establishment. Twenty-eight percent of the national budget is devoted to education. With 24 public and 9 private universities and in the country, quite a few in provincial cities have been upgraded from teachers colleges and other specialized institutions to university status.

Princess Nora Bint Abdulrahman University is the country's first women's university. Located in Riyadh, it has 52,000 students—the largest women's university in the world. The new state-of-the-art campus, now under construction at lightning speed, will be internally connected by the country's first elevated railway. (Women are not permitted to drive cars and thus a transportation alternative is necessary.) Women constitute 60 percent of total enrollments in the country—despite a general agreement that their institutions are in many cases not as good as those serving males. Strict gender segregation exists in higher education as in all areas of public life.

The city's two major public institutions, King Saud University and Imam Mohammed Bin Saud University, are also undergoing significant upgrading of their already impressive campuses. The science, technology, and business facilities are already close to world class, although the social sciences and humanities fare somewhat less well. Each of these institutions serves more than 35,000 students, with a full array of master's and doctoral courses. Many of the science, medical, and business faculties function entirely in English.

Expansion has created serious problems for the system—especially for the new and upgraded institutions in the provinces and for women's higher education. Riyadh's upgraded women's university will significantly improve the quality of higher education currently available to women.

This higher education system faces a severe shortage of qualified professors. The Saudi government, through the King Abdullah Scholarship Program, provides 100,000 scholarships for overseas study, mainly at the master's and doctoral levels, and almost all Saudi students return home. Many of the scholarships are given to able graduate students who are promised academic jobs upon degree completion. Yet, it will take time to fill staff shortages. Incentives have been provided for professors at urban universities to take jobs in the provinces—including significant salary increases—but there are not many takers.

The structure of academic careers creates additional problems. Most academics are given permanent appointments upon being hired, and salary increases are largely unrelated to productivity. This practice leaves few incentives for high performance. Further, teaching loads tend to be high, even in universities seeking to improve their research profile, leaving little time for research. Considerable "inbreeding" appears in Saudi universities, with many of a university's brightest graduates being hired, offered overseas scholarship, and then promoted up the ranks.

Saudi rectors and other policymakers recently met in Riyadh to consider all of these issues in the context of a desire to become "world class." Saudis are not pleased with

their lack of visibility in the international rankings but understand that their universities are mostly new and serve many national needs. They have had problems grappling with the idea that not all of the country's public universities can aspire to be research universities and the attempt to develop ways of recognizing teaching, social involvement, and other functions as central to the missions of the universities. The idea that Saudi universities can be "world class" in areas other than research is attractive, although it is the case that only research can be fairly easily measured. The rectors discussed the idea of a "world-class university system" in which institutions would have differentiated missions but at the same time be respected and rewarded for these roles. Specific universities would have defined missions and would be expected to excel at them. Not all of the universities would be expected to be research intensive.

Princess Nora Bint Abdulrahman University is the country's first women's university. Located in Riyadh, it has 52,000 students—the largest women's university in the world.

There would be less emphasis on the international rankings—probably a good thing given the complex needs of Saudi society. Universities could define for themselves what is most needed for their regions, and the all-powerful Ministry of Higher Education could help to ensure a rational mission for each of the country's universities.

Saudi academic and governmental leaders are seriously considering strategies for academic development. Thus, how Saudi universities might compete globally while at the same time serve national and regional needs is an indication of a maturing academic system.

(This article appeared in *Times Higher Education*, London) ■

Internationalization of Higher Education: Nine Misconceptions

HANS DE WIT

Hans de Wit is professor of internationalization at the School of Economics and Management, Hogeschool van Amsterdam, University of Applied Sciences, Netherlands. This is an abridged version of his public lecture in Amsterdam, April 6, 2011. E-mail: j.w.m.de.wit@hva.nl.

Internationalization in European higher education has developed over the last 20 years, from a marginal point of interest to a central factor—also called a mainstreaming of internationalization. Indisputably, globalization of our societies and economies has expanded the influence of competition and market processes on the manner in which internationalization is implemented. Internationalization distinguishes many motives and approaches. The mainstreaming of internationalization assumes a more integral process-based approach, aimed at a better quality of higher education and competencies of staff and students. Reality is less promising, however, although the international dimension takes an increasingly central role in higher education. Still, there is a predominantly activity-oriented or even instrumental approach toward internationalization, which leads to major misconceptions about the nature of this development. Nine misconceptions will be described (two of them coinciding with a myth as described in *IHE* by Jane Knight in “Five Myths About Internationalization,” no. 62, winter 2011), whereby internationalization is regarded as synonymous with a specific programmatic or organizational strategy to promote internationalization—in other words, where the means appear to have become the goal.

EDUCATION IN THE ENGLISH-LANGUAGE

The influence of the English language as a medium of communication in research has been dominant for a long period of time. Also, over the past 20 years the tendency in higher education has been to teach in English, as an alternative for teaching in one’s mother tongue. There are several unintended negative effects. Increasingly, education offered in the English language is regarded as the equivalent of internationalization, which results in a decreasing focus on other foreign languages; in an insufficient focus on the quality of the English spoken by students and teachers for whom English is not their native language; and thus leading to a decline in the quality of education.

STUDYING OR STAYING ABROAD

A study or internship abroad as part of your home studies is often regarded as the equivalent of internationalization. In particular, the European Commission’s policy to stimulate this manner of mobility has contributed to that instrumental approach over the last 25 years. It is questionable, however, whether the imbalanced and oversimplified approach to mobility matches internationalization. As well, it can be said that mobility is merely an instrument for promoting internationalization and not a goal in itself. Mobility needs to be finely embedded in the internationalization of education. It should be determined whether these added values are developed among students; and more innovative reflection is required on alternative ways of achieving these added values, for instance by the use of distance education and virtual mobility.

AN INTERNATIONAL SUBJECT

A third misconception that continues to surface persistently is that internationalization is synonymous with providing training based on international content or connotation: European studies, international business, or universal music. Within the institutions and schools offering these pro-

Still, there is a predominantly activity-oriented or even instrumental approach toward internationalization, which leads to major misconceptions about the nature of this development.

grams, the prevailing opinion seems to imply that, in this way, internationalization has been properly implemented. Without meaning to ignore the valuable contribution of such programs, again, it is too simplistic and instrumental an argument to declare regional studies as synonymous with internationalization.

HAVING MANY INTERNATIONAL STUDENTS

A fourth misconception of internationalization is the assumption that having many international students equals that trend. Without denying that the combination of local and international students in the lecture room can make a significant contribution to internationalization, simply having international students is not sufficient. Unfortunately, countless examples can be given of programs that are oriented exclusively toward international students or where international students are being added as an isolated group.

FEW INTERNATIONAL STUDENTS GUARANTEE SUCCESS

The other side of the preceding misconception occurs as well. In particular, many international programs have developed a distorted proportion between the number of local and international students. Partly as a result of the increasing national and international competition for international students, the proportion between local and international students becomes more and more unequal. Thus, one can hardly speak of an international classroom setting. Conversely, this development has a negative effect on the internationalization of mainstream, non-English-language programs. Local students with a certain, whether or not motivated, international interest preferably enroll in the international programs—which means the interest of mainstream education in the local language dwindles. Also, in these programs, the presence of a small number of international students creates tensions. Should the courses be

Increasingly, education offered in the English language is regarded as the equivalent of internationalization, which results in a decreasing focus on other foreign languages.

taught in English if there are only one or two international students in the lecture room? How can the integration of international students be realized in such distorted proportions?

NO NEED TO TEST INTERCULTURAL AND INTERNATIONAL COMPETENCIES

A sixth misconception assumes that students normally acquire intercultural and international competencies if they study or serve their internship abroad or take part in an international class. This misconception is closely related to the previous ones about mobility, education in English, and the presence of international students. If these kinds of activities and instruments are considered synonymous with internationalization, then it is obvious to assume that intercultural and international competences will therefore also be acquired. Once again, reality is more complicated. It is not guaranteed from the outset that these activities will actually lead to that result. After all, students can completely seclude themselves from sharing experiences with other students and other sections of the population in the countries they visit.

THE MORE PARTNERSHIPS, THE MORE INTERNATIONAL

A seventh misconception on internationalization is the focus on partnerships: the more partnerships, the more success of internationalization. Globalization, competition, and market processes have reinforced the development toward strategic partnerships. This tendency toward strategic partnerships often implicates intentions, however. The majority of partnerships remain bilateral, and in several institutions and schools the number far exceeds the number of students and teachers being exchanged.

HIGHER EDUCATION—INTERNATIONAL BY NATURE

At universities and among their researchers, the general opinion identified a truly international characteristic, and thus there is no need to stimulate and guide internationalization. Thereby, references are made to the Renaissance, the time of the philosopher Erasmus (ca. 1467–1536), whom the European exchange program is named after. This historic reference ignores the fact that universities, mostly originated in the 18th and 19th century, had a clear national orientation and function. Internationalization does not arrive naturally in general universities and universities of applied sciences, but needs to be introduced. That is why the rather widely accepted definition of internationalization by Jane Knight refers to an integration process.

INTERNATIONALIZATION AS A PRECISE GOAL

Most of the mentioned misconceptions conceive an activity or instrument as synonymous with internationalization. The last, also fairly prevailing, misconception regards internationalization as a main goal, and therefore it is in line with the misconceptions mentioned earlier. Internationalization is a process to introduce intercultural, international, and global dimensions in higher education; to improve the goals, functions, and delivery of higher education; and thus to upgrade the quality of education and research. If internationalization is regarded as a specific goal, then it remains ad hoc and marginal.

To comprehend the challenges and opportunities for the internationalization of higher education it is compelling to recognize that these misconceptions are still fairly common. ■

Korean Students in the United States

HANNA KIM

Hanna Kim is in the master of arts in the higher education program, Boston College. E-mail: hana2617@gmail.com.

Korea has an international reputation for sending undergraduate students overseas for their education. In fact, Korean international students comprise the third-largest group in the United States. Because numerous US universities rank among the world's best, Koreans generally place high value on a US degree. This emphasis on the educational background provides significant advantages to US-educated job applicants during the hiring process. Therefore, parents encourage their children to set, as their primary goal, graduation from an Ivy League school. Indeed, large corporations in Korea employ specific hiring methods for Ivy League students; they use tailored on-site recruitment and hiring strategies. Also, certain characteristics of Korean society, such as sensitivity to trends and preferential treatment for foreign-degree holders, result in the notion that studying abroad is compulsory.

To be examined are the driving forces behind Korean students' choice to study abroad, the effects of the increasing number of returning international students in Korea, and how US institutions can facilitate the educational experience of international students. Another analysis focuses on the success of students who returned to Korea after completing their undergraduate degree in the United States. (This analysis is based in part on original interviews.)

THE KOREAN CONTEXT

Korean students choose to study in America because they want to study English, private education costs in Korea are rising, and enhanced job opportunities are available to US degree holders. In a survey asking 1,055 Koreans to name the country where they would prefer to study, the United States ranked first. This ranking can be explained by the tendency of Koreans to follow trends, the rising importance of fluency in English, and the privileged status of Korean students who study in the United States.

Korean society is sensitive to trends, which Koreans are motivated to follow. From 1994 through 2006, the period referred to as "the boom of youths studying abroad," thousands of Korean students went to America to study English. Also, many Korean companies considered proficiency in English a requirement for employment. In addition, in 1993, President Yong Sam Kim proposed globalization as a national priority; and in 2000, the government removed re-

strictions on students studying abroad. The result was that the number of Korean international students rose by 36.6 percent, from 45,685 in 2000, to 75,321 in 2010. About 40 percent of classmates from Korean middle schools studied in the United States.

In the early 1990s, only a few from upper-income families in Korea studied abroad, and the status associated with having been an international student in America nearly assured these students a job at the Korean company of their choice. Observing these outcomes, middle-class parents began to view a US degree as an investment, confident that American higher education would guarantee their children's success in Korea. However, due to the increasing number of Korean international students, returning students are losing their market competitiveness, impairing their chances for employment in Korea.

WHAT US HIGHER EDUCATION OFFERS

Earning a degree in the United States allows Korean students to interact with people from all over the world. Because the population in Korea is primarily homogenous and more Korean corporations are becoming globalized, a multicultural background is highly valued in the Korean job market. For Korean companies, the greatest strengths

Korean students choose to study in America because they want to study English, private education costs in Korea are rising, and enhanced job opportunities are available to US degree holders.

of international students are their facility with the English language, global outlook, acceptance of multicultural experience, creativity, and flexible thought processes. Ms. Yang, a recent graduate of Emory University, said, "Koreans perceive that US education fosters creativity and confidence because the classroom environment allows open discussions and use of flexible thinking on assignments."

As Korean corporations continue to expand their businesses into other countries, experience working with foreigners is valued more highly than any other qualification. Mr. Kim, whose undergraduate degree is from Northwestern University, said, "Companies [in Korea] value the experience of interacting with foreigners in the workplace the most, which is considered as a specialty for US international students." Therefore, students seek out universities that offer employment experience to international students.

The majority of interviewees who studied abroad regretted socializing mostly with Korean friends and choosing classes and majors that did not require presentations, in-class essay exams, and class discussion. Most were also unaware that a university's career centers provide information and support in finding jobs abroad and choosing majors. Moreover, students found it difficult to leave their comfort zone and interact with American students. Therefore, focusing institutional resources to help students gain the most out of their US higher education is critical. Students should be encouraged to participate in classroom discussions to facilitate critical thinking, interact more with American students, and seek development services from career centers. This process would help Korean international students to take full advantage of their US education and, ultimately, provide them with increased job opportunities in Korea.

Today, Korea faces high unemployment among young adults, and the increasing number of foreign graduates makes it difficult for them to find a job. Moreover, domestic students are becoming more competitive. Thus, Korean students studying in the United States must spend their time more productively, and institutions must implement programs to help international students move closer to their career goals. The top jobs in Korea still mostly recruit people who have taken full advantage of their US higher education. Therefore, parents will continue to send their children to the United States with the hope that US education will generate significant personal and professional opportunities for them. ■

The Problematic Decline of Japanese International Students

YUKIKO SHIMMI

Yukiko Shimmi is a research assistant at the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: shimmi@bc.edu.

Where have Japanese international students gone? The number of Japanese students who study in the United States has decreased by 15.1 percent to 29,264 in 2009/10, according to the Open Doors Report of the Institute of International Education. This decline has attracted considerable attention in Japan. While various Japanese media have expressed concerns about this phenomenon,

several professionals at Japanese universities and educational institutions observe a stable desire to study abroad among young Japanese people.

Several structural issues effecting the current declines are explored—a demographic shift, an increased capacity at domestic universities, an economic stagnation, the season of job hunting for Japanese college students, and academic requirements. Then, new trends and approaches for the increase are discussed.

Several structural issues effecting the current declines are explored—a demographic shift, an increased capacity at domestic universities, an economic stagnation, the season of job hunting for Japanese college students, and academic requirements.

PATTERNS OF DECLINE

The demographic shift in Japanese society is often referred to as a cause for the decline in the number of Japanese international students. According to the Japanese government, the number of people in the 20-to-29 age group peaked at 19 million in 1996, and decreased to 14 million in 2010. The Japanese government analyzes multiple factors of the decline of birthrate in Japan—such as, the financial burden to raise children; Japanese working styles that often require overtime work, which reduces time for the family; and an increase of young workers who have less financial stability. This demographic shift is in fact underlying the current decline in the number of internationally mobile Japanese students.

The expansion of the enrollment capacity of Japanese higher education has provided additional local capacity and has contributed to the decline of Japanese students going abroad. Since the late 1980s, the capacity has increased mainly at four-year undergraduate institutions and graduate schools in Japan. Attending domestic institutions is less costly, economically. As a result, the country accommodates a relatively larger number of college-age Japanese students; in turn, fewer potential students study abroad for degrees.

Economic factors have also effected the recent decrease of Japanese international students. Japanese students seem to avoid the United States because of the high tuition fees and expenses. Further oncoming attractions are the emergence of English programs in non-English-speaking countries and an increase in the programs in nontraditional des-

tinations. These non-US programs are often offered for a shorter and less expensive period.

The job-hunting system and timing for Japanese undergraduate students seems to be another factor contributing to this trend. Traditionally, the job-search process for Japanese college students starts in the fall of the junior year. Many study-abroad students hope to start their job-search process no later than domestic students' schedule. Study-abroad experiences or a degree from the United States have not always given advantages for Japanese students in the domestic job market in Japan. Rather, the experience could

The number of international students who study in the United States as non-degree students has been increasing in the current overall declining trend.

be considered negatively by potential employers if returning students cannot readjust to the norms of Japanese society, though this perception has been changing.

Academic requirements also issue an obstacle for Japanese students who hope to study at a prestigious institution. In particular, the new system of the Test of English as a Foreign Language (Internet-based test), which includes a speaking section, seems to be a challenge for Japanese students. According to the Educational Testing Service, the score of this test for Japanese students in 2009 rated only 27th among 30 Asian nationalities.

NEW TRENDS

With these trends, Japanese international educators also see a stable desire for studying abroad among young Japanese people. Several study-abroad advisers at universities and educational institutions observe that current college students are oriented in the same way as the older generation. However, they are more concerned about the costs, risks, and outcomes of studying in a foreign country.

Actually, the number of international students who study in the United States as nondegree students has been increasing in the current overall declining trend. The Japanese government reported a stable increase (yet, with a moderate decrease in 2008) in the number of Japanese students who studied in the United States, based on university-exchange agreements from 4,513 in 2001 to 6,403 in 2008. Participating in short-term or study-abroad exchange programs might be a realistic way to relieve students' concerns about studying abroad.

To support this new trend, the Japanese government has created scholarships for exchange programs, covering under three months. Leading institutions have started to develop predeparture support for short-term, study-abroad programs. Japanese educators expect that the participants of these short-term programs might later participate in a longer study-abroad program.

Moreover, providing information at an early stage for students is another approach for support. Some information providers have started to reach out to high school students as well as to parents and teachers. Some universities emphasize orientations for freshmen, after their enrollment. These efforts are targeted for students to start their study-abroad planning ahead of normal patterns—considering the process of job hunting, as well as preparation for the Test of English as a Foreign Language and academic qualifications.

Recent changes in companies' recruitment policies might seriously affect Japanese students' study-abroad attitudes. Several Japanese companies have announced that they value international experiences, as well as foreign-language abilities, to respond to changes in Japanese society and labor markets—due to globalization. Some companies also focus on the recruitment of non-Japanese students with those abilities. Since one of the concerns of Japanese college students is job hunting, this change in the recruitment policy might have more impact on encouraging Japanese students to study abroad.

Recent changes in companies' recruitment policies might seriously affect Japanese students' study-abroad attitudes.

The recent decline in the number of Japanese students in the United States has provoked a discussion in Japan. While many government and industry leaders hope more students gain international experiences for a proactive presence in the globalized world, Japanese students tend to look more realistically at costs and opportunities for education and job opportunities. Though many factors are contributing to the trend of decline, the change of the recruitment policies among Japanese companies as well as support for short-term, study-abroad programs might increase the numbers of students who actively consider studying abroad. ■

Where Is Japan Headed After the Earthquake?

KAZUKO SUEMATSU

YKazuko Suematsu is with the Division of International Education and Exchange, Graduate School of Economics and Management, Tohoku University, Sendai, Japan. E-mail: suematsu@econ.tohoku.ac.jp.

The devastating 9.0-magnitude earthquake on March 11, 2011 put Japan into chaos. It claimed the lives of 15,000 citizens, with an additional 10,000 still missing, and 120,000 in evacuation centers as their homes were lost or destroyed. The estimated economic loss is said to be between US\$200–300 billion and will have a serious effect on the developing northeast region of Japan. Countless aftershocks, in addition to the fear of the potentially catastrophic Fukushima Nuclear Plant, cause further worry and distress for the people in the affected area.

The earthquake also inflicted immense damage to higher education in Japan, especially in the area of internationalization. Supported by the Plan for 300,000 International Students by 2020, the higher education sector was in the process of internationalizing. The first project of the plan was Global 30, in which the government invested ¥4.1 billion to enable 13 core universities to lead the internationalization of higher education. Prior to Global 30, another five-year project, the Career Development Program for Foreign Students in Japan, had commenced and provided full scholarships, comprehensive business training, internships, and placement opportunities for international students. Japan's universities might have been behind their rapidly internationalizing neighboring countries but was catching up step-by-step until March 11 this year.

NEGATIVE EFFECTS OF THE EARTHQUAKE

The immediate impact was a decrease in the number of current and prospective international students. At Tohoku University, the largest institution in the northeast region, 34 degree-seeking students withdrew after the earthquake. Forty-four out of 81 undergraduate exchange students discontinued their studies, 33 out of 43 scheduled to start in April, and one-third of the fall-semester applicants cancelled their study-abroad plan at Tohoku University.

The loss of students is only about 10 percent of the total international student population. Yet, the number is likely to continue to fall as the earthquake incident has even affected international student enrollment at universities as far as Kyoto, located 350 miles south of the Fukushima Nuclear Plant. The continued decrease of international students is a serious challenge for the Global 30 Project and Tohoku University,

which planned to have 3,000 international students at the university by 2015.

THE LESSON WE LEARNED

Ironically, the earthquake is an opportunity for Japan to evaluate its level of internationalization. During these past few months after the earthquake, a series of events have caused a question concerning Tohoku University's internationalization achievements. First, risk management standards could have been higher. The Tohoku region had been expecting a large earthquake for more than 10 years; and with a large number of international students from non-earthquake countries, the university should have included earthquake information during student orientation or handed out an earthquake booklet prepared by the local government.

Furthermore, after gathering at the designated evacuation area on campus, the university dismissed students without clear instructions on what to do next. International students had to find their way to the evacuation centers all by themselves.

Second, the university should have taken a more active role in collecting accurate information and sending out timely messages to international students. The students, alone in unfamiliar evacuation centers without updates on the earthquake and the nuclear-plant accident, were vulnerable to information from inaccurate sources. Their worried parents and friends, whose interpretations of the incidents were largely influenced by the media in their countries, urged the students to leave Japan immediately.

The earthquake also inflicted immense damage to higher education in Japan, especially in the area of internationalization.

In addition, a chain mail has been encouraging students to do so. One e-mail, claiming to be from the Chinese government, instructed Chinese students to gather at the Niigata Airport, 200 miles away from Sendai where Tohoku University is located, to catch a government-chartered flight. Over 100 students rushed to Niigata Airport, with many standing in long lines to buy a bus ticket; some even took a taxi in a group and shared the US\$800 fare. Yet, no such flight existed. Those who could not afford full-fare tickets checked themselves into an evacuation center near the airport until representatives of the Chinese Consulate came to their rescue.

Likewise, a clear difference has occurred between international students and domestic students, as well as Japanese citizens, in response to the incident. International students rushed from Japan with unfounded fears, which could have been prevented if the university immediately provided information to assist international students to make a competent decision.

COPING WITH THE CHALLENGES

While the university was not fully prepared for this mega-earthquake, it quickly overcame this mistake. The international office modified an online application system for exchange students to create a safety confirmation Web page, where international students could report their safety, status, and even plan for their studies. At Tohoku University, as of March 28, it was known that close to 1,000 students, two-third of international students, had been safely evacuated. By April 25, 86 percent reported their willingness to return before the new academic year would commence.

This earthquake provided us with an opportunity to find strength in ourselves to recuperate.

The Japanese government also came to provide support, by offering free airline tickets for government-sponsored scholarship students, who had gone home, to return to Japan and scholarships for self-funded international student at universities located in affected areas.

Partner institutions all over the globe have extended their support by increasing quota and accepting our students to their exchange programs, raising money for the victims, or sending us encouraging messages. The alumni have sent us donations so that we can repair damaged buildings. This earthquake provided us with an opportunity to find strength in ourselves to recuperate, and we discovered the helping hands of our friends from all over the world.

WHERE DO WE GO FROM HERE?

The internationalization of Japanese universities might have been set back by this disaster for some years. We, however, should not be deterred. We should face up to the challenges and change the crisis into an opportunity. By reviewing and reevaluating Japan as a destination for quality higher education, we can identify our advantages as well as our shortcomings—including the effect of the earthquake—

and rebuild our strategy from the ground up, in order to meet the increasing level of competition in higher education.

These strategies, however, should not be developed independently by institutions. There are many stakeholders whom we can involve—such as policymakers, industries, local communities, nonprofit organizations, and even members of the international community. Constructing a network or creating a consortium, where ideas and insights can be shared, will lead to building better strategies. Universities in the effected area, including Tohoku University, can act as a liaison for these diverse stakeholders. This is the first step toward restoration and a new era of internationalization. ■

Building a World-Class System in Ireland's Financial Crisis

ELLEN HAZELKORN

Ellen Hazelkorn is vice president for research and enterprise and head of the Higher Education Policy Research Unit, Dublin Institute of Technology. E-mail: Ellen.Hazelkorn@dit.ie.

Ireland is not the sole country to experience prolonged economic difficulties, based on the global financial crisis of 2008. Nor is it the only country whose higher education system has been rocked by structural change, aligned with or precipitated by public financial cutbacks. According to the European University Association, which is monitoring the situation, major reductions in public funding to higher education have occurred in Latvia (48% in 2009 and a further 18% in 2010), Italy (anticipated reduction of 20% by 2013), Greece (target reduction of 30%), and most recently the United Kingdom (40% reduction until 2014/2015). Iceland anticipates reductions of 6–7 percent in 2011, atop 5 percent in 2010, while Estonia has faced cuts of 17 percent since 2009. In contrast, Scandinavian countries, France, and Germany are experiencing minor reductions due to increased student numbers or more funding.

Ireland's February 2011 general election threw out the Fianna Fáil party, which dominated government for 61 of the last 79 years and was blamed for mismanaging the economy. There are high hopes the new coalition of Christian and social democratic parties will be more sympathetic to higher education, which has become another victim of the country's difficulties.

The “Celtic Tiger” years, 1998–2008, benefited higher education, pushing it higher up the policy agenda. The core budget increased, and over 3 billion euros was invested in higher education research and infrastructure. Participation rates rose from 44 percent a decade ago to 55 percent today, and the target is 72 percent by 2020. Yet, Ireland spends only 1.2 percent of gross domestic product (public and private) on higher education, well below the Organization for Economic Cooperation and Development average. Exchequer funding accounts for 85 percent of higher education funding compared with an OECD average of 73 percent. Expenditure per student is 15.5 percent below the top OECD quartile, if research funding is not included, or 28 percent below including research funding.

Since 2008, higher education will have experienced an overall 17 percent reduction in core funding. Because budget and student numbers are going in opposite directions, resources per student are declining more precipitously than headline cuts suggest, from a high of almost 10,000 euros to less than 3,000 euros per student. Employment levels are required to fall by 7 percent by 2014, while salaries have already been reduced by 5 to 8 percent; all new appointments have 10 percent–lower starting salaries. Accordingly, there is some evidence of talent flight by those attracted to Ireland by good salaries and well-endowed grants.

The government has sought to preserve research and development funding, likely to form a key part of its new employment strategy. After an initial reduction of almost 30 percent between 2009 and 2010, funding was increased again in 2011—albeit this varies across funding agencies and programs. The main change has been toward application-focused research, granted a 12.5 percent increase in 2011, with an emphasis on commercialization and job creation. A parallel research prioritization exercise is likely to enforce these trends.

CHANGES AT THE SYSTEM LEVEL

The National Strategy for Higher Education to 2030 was launched in January 2011, written with the new environment clearly in mind. Rationalization and efficiency were identified as objectives, not simply outcomes of system restructuring. Hopefully, by pooling resources, the current crisis can be used to reconfigure the system to be more competitive. Maintaining quality with reducing resources remains, however, a challenge.

Irish higher education is generally described as a binary system, with 7 universities, 14 institutes of technology, 9 colleges of education, the National College of Art and Design, 2 non-state-aided private colleges, and a few other smaller national institutions for a population of 4 million people. In this context, not surprisingly, institutional alliances or mergers received considerable attention. Yet, de-

spite a small but vocal chorus arguing for the preferential treatment and designation for both Trinity College Dublin and University College Dublin as world-class universities, the report resisted any such language. In fact, remarkably, there is only passing reference to global rankings and the words “world-class university” do not appear anywhere. Instead, focus is on the quality of the system, with recommendations placing considerable emphasis on the need for system coherence and consolidation and institutional diversity.

The intention is to both rationalize the number of individual institutions and improve overall efficiency. Some institutes of technology are encouraged to merge, in order to be designated technological universities. In the future, the system is likely to have three broad components: a small number of highly research-intensive universities, a middle group of regionally focused universities and one or two universities of technology with research capacity concen-

The “Celtic Tiger” years, 1998–2008, benefited higher education, pushing it higher up the policy agenda.

trated in specialist fields, and a broader base of teaching institutions comprised of the majority of institutes of technology. At the same time, all higher education institutions are urged to form themselves into “regional clusters of collaborating institutions (universities, institutes of technology, and other providers) to deliver on jointly agreed strategic objectives,” including sharing backroom services (procurement, information technology support, and e-library facilities).

To ensure all higher education institutions remain true to their mission and the system is sufficiently differentiated, a process of strategic dialogues will ensue between the Higher Education Authority (the government buffer agency) and individual institutions. Through this process, appropriate metrics for performance will be agreed, to which the government grant will be pegged.

The other major talking point is tuition fees. Abolished in the mid-1990s as means to widen access, the budget deficit has put the issue firmly back on the table. The national strategy favored increasing the student contribution, albeit it stressed this could only ever be a modest percentage of the overall cost of higher education. So far, the former and incoming governments have balked at the proposal—not

least because any proviso for a graduate-tax or income-contingent loan scheme would be unworkable in the current economic environment and when almost 25 percent of graduates emigrate.

IMPACT AT THE INSTITUTIONAL LEVEL

Changes at the institutional level were inevitable even before the recession—albeit the context and speed with which institutions have had to adapt has severely tested institutional decision making and implementation capacity. Departments have been merged, programs altered, and specific courses discontinued. Many widening-participation and other “noncore” initiatives, funded from strategic or targeted finances, are now under threat. The institutes of technology are experiencing the double whammy of a deteriorating financial situation, coupled with the implementation of a new-funding model, announced several years ago but being introduced now.

The other major talking point is tuition fees. Abolished in the mid-1990s as means to widen access, the budget deficit has put the issue firmly back on the table.

Under a national accord, faculty in the institutes of technology, but not the universities, have agreed to some workload changes. Institutions, however, have little ability to make fundamental changes (e.g., abolishing whole departments or programs) because all faculty are tenured. This means those on part-time or short-term contracts and the nonpay element of the budget have been most affected.

CHALLENGES FOR SMALL COUNTRIES

Ireland faces particular difficulties given the severity of the economic crisis and the prolonged recession. Many of the changes are broadly in line with what other countries have promoted—such as, significant system restructuring, coupled with increased regulation or managed-policy direction. Where Ireland does differ is in its emphasis on a “whole of country strategy,” rather than seeking to create a few world-class universities. It wants to adopt a single-quality brand to enhance global competitiveness (e.g., “brand Ireland”). The national strategy sees all higher education institutions engaged in teaching, research, and engagement—with each institution seeking to achieve some form of unique global leadership.

The Availability of Academic Journals in Africa

JONATHAN HARLE

Jonathan Harle is program officer (Research), at Association of Commonwealth Universities, London, UK. E-mail: j.harle@acu.ac.uk. The full ACU report by the author is available at: www.acu.ac.uk/growing_knowledge.

Research requires a good flow of the latest scholarly information—books, journals, data—and sub-Saharan universities have long faced particular challenges in Africa. Academics frequently comment that a major impediment to their own work, including their ability to publish, is the lack of access to the work of their peers elsewhere. Anecdotes of researchers working hard to complete a paper for submission, only to find something similar was published the previous year or that they have failed to acknowledge important new debates or data, are not uncommon. But the past decade has shown considerable efforts to address this information gap. In fact, a study published by the Association of Commonwealth Universities last year suggests that the picture may actually be much brighter than is often assumed.

EMPTY SHELVES BUT BULGING DATABASES

Many accounts lament the empty shelves of university libraries, but they tend to miss the huge volume of information that academics and students can now access online. The shift to electronic publishing—and the associated reductions in the costs of printing and shipping—has given rise to a number of initiatives for low-income countries: notably, the United Nations’ managed schemes for health, agricultural, and environmental journals—Health Inter-Network Access to Research Initiative (HINARI), Access to Global Online Research in Agriculture (AGORA), and Online Access to Research in the Environment (OARE); and the International Network for the Availability of Scientific Publications’ Program for the Enhancement of Information (PERii), in addition to the work of Electronic Information from Libraries; and a whole host of other smaller programs.

The scale of what is now available online is impressive. PERii alone has negotiated access to over 23,000 full-text journals in all fields, while HINARI counts over 7,500, AGORA 1,900, and OARE over 2,990. Additional features are the growing number of open-access journals: the Directory of Open Access Journals lists some 6,317. Librarians have worked hard to secure this content, too. Books are still a major gap, and their expense accounts for many empty shelves. However, as e-books come online, print on

demand develops, and local publishers can grow—which may support hopeful prognoses.

JOURNAL AVAILABILITY

Comparing journal collections at the universities of Nairobi, Dar es Salaam, Malawi, and Rwanda revealed that the availability of some of the top Thomson Reuters (Institute for Scientific Information)—ranked journals was remarkably good. In fact, 79 percent of the top 20 journals, across 15 subject areas, were readily available. Perhaps unsurprisingly, in some fields the status quo was stronger than others—in agriculture, biology, materials science, anthropology, and politics availability was over 90 percent, while in mathematics it was just 25 percent.

The Thomson Reuters measure is far from perfect, of course. It overrepresents titles with Euro-American origins and excludes many regionally or nationally published titles (which may contain work of particular relevance to Africa). Similarly, taking just 20 journals in each area provides only a snapshot. Yet, availability, assuming of course that it is sustained, is no longer the primary problem. African universities are not so far behind their peers elsewhere, either. Two European institutions had 95 percent availability overall, but it is still a favorable comparison.

Many accounts lament the empty shelves of university libraries, but they tend to miss the huge volume of information that academics and students can now access online.

CONNECTIVITY

Technology is commonly singled out as the principal barrier to access. African universities do not enjoy the same access to the Internet and to good computing facilities, as their peers elsewhere, and still pay considerably more than northern institutions for what they do get. But there have been significant improvements. New undersea cables have brought a high-speed broadband to the east African coast, with new west coast cables also being laid. National research and education networks have begun to deliver this across the region, investing in the terrestrial infrastructure and driving down costs.

Computing facilities are also improving, although demand easily outstrips the gains. Most academics, in the four universities taking part in this study, had a PC (personal computer) on their desk. Student facilities are a bigger issue. Having thousands of journals available means little to a student who queues (and, in some cases, pays)

to use a crowded computer lab. But infrastructure aside, “e-readiness” appears to be the greater challenge—the need for universities to change attitudes and approaches to technology.

AWARENESS AND SKILLS

If availability is good and technology is steadily improving, what else accounts for an academic’s inability to get the needed research? A major obstacle appears to be basic awareness. Academics and postgraduates gave lists of titles that were essential but unavailable; yet, 72 percent of these publications turned out to be already within current subscriptions. While librarians work hard to communicate with their users, the messages clearly do not always connect. Partly, this is down to the complexity of routes in—different databases, collections, archives, back files—and insufficiently targeted support where libraries profile their wares by discipline or research theme. The disassociation of articles from their parent publications in online collections means that some academics have relatively little awareness of major journals in their field.

A critical facet of any contemporary researcher is online search skills—more than just an ability to tap words in Google. Screen recordings revealed simplistic search strategies that left much high-quality, peer reviewed content and subscriptions undiscovered.

ORGANIZATIONAL BARRIERS

While a great deal depends on technology and individual skills, wider organization dynamics account for a lot, as well. Many of the departments, whose staff we spoke to, engaged in relatively little research. The demands of teaching—and in some cases the ability to earn an additional salary through evening teaching—and the lure of better-paid consultancies not only takes academics’ time but also erodes research cultures. Likewise, not much use of scholarly journals is required for that matter.

Further organizational challenges exist within and outside of libraries. The delinking of libraries and academic departments and the resultant low status of librarians, underdeveloped relationships between libraries and information technology departments—which now have evermore converging mandates—all seemed to play a role.

Libraries, too, need to increase the skills, confidence, and motivation of their staff and to take a more proactive approach. Information skills ought to be a greater part of research-methods courses, for example, and librarians may have a role to play here. The strength of libraries depends on their links to academic faculties, but the strengths of research and teaching depend on the quality of their libraries, as well.

Closing the Digital Gap in African Higher Education

ANNA BON

Anna Bon is at the Center for International Cooperation, VU University Amsterdam, Amsterdam, Netherlands. E-mail: a.bon@cis.vu.nl.

In the past decades, information and communications technologies (ICTs) have fundamentally changed higher education and research, with the emergence of the World Wide Web—the greatest human-information construct in history—and the introduction of ICTs in teaching and learning, which spurred new interactive dynamic-learning methodologies and enabled cross-cultural and flexible collaborative interactions. ICTs have become essential for higher education, as an infrastructure, a channel for information and communications, and a tool that helps drive innovation.

FOR BOTTLENECKS IN THE ICT INFRASTRUCTURE

Currently, many sub-Saharan African universities are lagging behind in the deployment of ICTs, compared to peer institutes on other continents. A variety of technical weaknesses in the basic physical ICT infrastructure can often be observed at many sub-Saharan African universities—where Internet capacity (bandwidth) is usually insufficient, shortages of computer equipment and software are widespread, energy supplies are unreliable, information is poorly secured, and technical end-user support is often absent. It is evident that this state of ICT infrastructures has to improve.

Over the past few years, African universities made great efforts to close the digital gap by building physical ICT infrastructures and implementing information systems. Often with support of externally funded projects, computers were acquired and campus networks were built. Student-information systems were installed and connections to the Internet put in place. Yet, the main challenges relate to teaching and learning, creating an adequate research infrastructure, and delivering high-level experts for African society.

OPPORTUNITIES OF ICTS

African universities need a good ICT infrastructure—first, as a channel for distance education—which is considered of highest importance for Africa. ICT-enabled distance education in Africa is believed to increase educational coverage. Moreover, distance education can reduce enrollment costs and facilitate access, as an example, for women and geographically isolated people.

ICTs are necessary to improve research capacity. Although research is encouraged through higher education policies, academic publishing at African universities remains in poor state, and research infrastructures are still inadequate. ICT networks can provide a channel toward participation in international research communities, enabling publishing and joint-knowledge creation.

Africa needs good education programs to deliver high-level ICT experts for the labor market. Currently, many private ICT academies exist in Africa, delivering network specialists and system administrators—important experts at the vocational level. However, Africa also needs ICT expertise at the master of science and PhD level, to fill the high-level positions in industry and society, and to enable ICT research in the local context of Africa. The latter is indispensable, because the existing problems of the “digital gap” can only be solved with knowledge of the local context.

Many sub-Saharan African universities are lagging behind in the deployment of ICTs, compared to peer institutes on other continents.

CHALLENGES

The technical shortcomings in the ICT infrastructure at many African universities are often attributed to external factors. Indeed, high costs of ICT equipment and maintenance represent challenges for African universities that are permanently short of the budget. Another external factor hampering the proper deployment of ICTs in higher education is “brain drain” of ICT staff, because universities are unable to offer competitive salaries.

Donor-funded ICT projects, with investment budgets for ICT infrastructure, only solve the equipment shortage temporarily but often fail to establish sustainable solutions for institutional ICT management. Often, more emphasis is put on the technical implementation of information systems and virtual learning environments, than on the use of these ICT tools within the local context.

Despite many external factors hampering ICTs, higher education institutes in Africa can take measures to raise the quality of ICTs within the institutional walls, by improving on ICT governance, and creating organizational culture and climate that allows innovation.

RECOMMENDATIONS FOR IMPROVEMENT AND INNOVATION

Definitely, ICT governance must be improved at the organizational level. Top managers need to understand the role of ICTs in their organization and focus on service delivery, project management, and organizational culture. They must be aware that introduction of ICTs always causes changes in organizational culture. An open dialogue between end users, the ICT service unit, and higher management is essential, in the process of organizational change and the adoption of innovations.

From the point of view of research, studies on how to adapt ICTs within the local African context are crucial for African higher education. One example of a specific African condition, related to ICTs, is the recent spread of mobile telephony within African society. This phenomenon creates opportunities for new methods of (mobile) learning and knowledge sharing among people with low-reading skills and low incomes. Research topics—such as, development of “Web 2.0” tools for rural development, mobile learning, and knowledge sharing in rural communities—are a few examples of ICT-related research topics, which can be relevant in the African context.

African universities need a good ICT infrastructure—first, as a channel for distance education—which is considered of highest importance for Africa.

A useful example of a research methodology in the African context is the Living Labs concept, which applies a systematic approach of user co-creation in the development of new products and ICT services. The concept is user centered, makes use of collective intelligence and community activities, and may result in reinvention and adoption of “travelling ideas.” In South Africa, Living Labs are now being used, for example, in the Meraka Institute. This concept may soon spread to other research groups in Africa.

If African universities are to succeed in their role as innovators for society, an innovative climate is needed for research and education to flourish. Opinion leaders play an important role in the spread of innovations. Nevertheless, innovation processes take time and never occur overnight. African universities need to convert themselves into learning organizations, in which knowledge is not static but rather dynamically linked to action and creating favorable conditions for knowledge transfer and co-creation of knowledge. In such an environment the mind-set of the opinion

leaders, be it managers or researchers, is of greater significance than the availability of technical solutions. ■

Polish Private Higher Education, Politics, and Demographics

MAREK KWIEK

Marek Kwiek is a professor and director at the Center for Public Policy Studies, Poznan University, Poznan, Poland. E-mail: kwiek@amu.edu.pl.

The global growth of private higher education included the last two decades of the sector’s demand-absorbing growth in Poland. Poland is the 6th-largest higher education system in the European Union (1.9 million students), with the highest enrollments in the private sector in Europe (633,000 students and 33.3%, in 2009). After almost 20 years of continuous growth, the sector suffered a 10 percent decline in enrollments in 2009 and a further decline in 2010. Under new demographic pressures, expected to cut the number of candidates for studies in both public and private higher education by almost half in the next 10 years, political intervention may be necessary to ensure academic survival; and public subsidies may be used for this purpose.

DEMAND-ABSORBING GROWTH

In the 1990s, when the first private institutions appeared throughout central and eastern Europe, higher education policy was focused mostly on educational expansion. Private (called “nonpublic”) institutions in Poland and elsewhere in the region were mushrooming; there were limited quality-assurance mechanisms and accreditation procedures in place at the time. Between 1990 and 2009, 330 private institutions materialized in Poland and about 700 in central and eastern Europe. The expansion was closely linked to the economic policy that encouraged external privatization (the emergence of new private providers) and internal privatization (the emergence of fee-based, part-time studies in the nominally free, or tax-based, public sector). Student numbers in Poland were skyrocketing. In 1990 there were 400,000 students; in 1995 their number already doubled (795,000); and by the end of the decade, the number quadrupled (1.6 million in 2000). In the 2000s, the expansion was considerably slower, although the number of new

private providers was still substantially increasing (to 330 in 2009). During times of educational expansion, political noninterference and relaxed academic and infrastructural requirements were key issues. There were evermore students in the private sector, and an estimated 30 to 40 percent of academics from the public sector held parallel employment in the private sector, mostly able to maintain middle-class standards of living, while university salaries were falling behind salaries of other professionals in the postcommunist transition period.

CHANGING DEMOGRAPHICS

Today demographics seem to be transforming everything, and politics may be called to intervene. The expansion of the private sector seems to be over. Consequently, private higher education is desperately looking for survival strategies, in the face of declining student numbers in the next 10 years. Current Organization for Economic Cooperation and Development-based demographic projections for Poland show that in 2022 the number of students will constitute 55 to 60 percent of the 2008 level. The annual number of all candidates for studies will drop from about 490,000 in 2008 to about 260,000 in 2022. What is going to happen to the fee-based private sector if all candidates could potentially be accommodated by the tax-funded public sector? How can students be recruited to a sector with a relatively low social legitimacy and in which studies have to be paid for—rather than to the traditionally free (tax-based) and more prestigious public sector?

In the 1990s, when the first private institutions appeared throughout central and eastern Europe, higher education policy was focused mostly on educational expansion.

NEW SURVIVAL STRATEGIES

The solution could be in high-quality education that matches education and labor-market needs and achieves high-social recognition. But the past policy of noninterference and loose governmental control contributed to low competitiveness of the private sector, vis-à-vis the public sector. A handful of exceptions (between 5% and 10% of all private institutions) does not make a big difference but needs to be noted. Therefore, currently, the private sector is seeking political interference and expecting state subsidies. Private institutions in central Europe (called “independent private”

institutions by the Organization for Economic Cooperation and Development, as opposed to “government-dependent private” institutions) are generally reliant on fees and do not receive public subsidies. Until now, the private sector in Poland was nearly fully financed by fees, and in 2009 their income formed 93.1 percent from fees and only 1.8 percent from research.

How do institutions respond when their public legitimacy is low, the number of their students in the next decade is expected to plummet by 50 to 80 percent, their only mission is teaching, and their access to public research funding is marginal? They try to turn to politicians for public support and seek new survival strategies. Since demographics cannot be altered, the private sector is seeking to redefine national policy. In good times of ever-increasing student numbers, the independence of the private sector from the state was key. Diploma mills were proliferating throughout the country, full-time staff in the private sector were almost nonexistent, and many institutions did not really care much about the quality of education—as long as there were students willing to pay for it.

The public response to the possibility of the introduction of fees for full-time students in the public sector remains unequivocally negative. The political response to the possibility of subsidization of education in the private sector is still unclear, but recently (February 2011), the ministry expressed willingness to open the door for public funding to private institutions. The idea was that all full-time students in the sector—110,000 (or 17% of the private sector enrollment)—might be subsidized by the state. That would be a small step with long-term consequences and a radical redefinition of national educational policy.

ASSESSMENT OF THE NEEDED PRIVATE SECTOR

But before channeling public funding (other than competitive research grants, open to both sectors) to private institutions, a fair assessment of 20 years of their operation should be undertaken. What is the added value of their contribution—to society, the economy, and the higher education system as a whole? How are their graduates welcomed in the labor market? The private sector’s contribution to increasing equitable access to higher education is undeniable: Studies in private institutions, as well as fee-based, part-time studies in public institutions, opened up higher education to lower socioeconomic strata to an unprecedented extent. Consequently, the labor force in Poland has been increasingly better educated (there was an increase in the number of people with higher education credentials active in the labor market from 2.56 million in 2003 to 4.31

million in 2009—or from 15.35% to almost one quarter or 24.7% in the share of labor force). But what can also be shown is the gradual denigration of the research mission of public universities, from which the private-sector staff are

Today demographics seem to be transforming everything, and politics may be called to intervene. The expansion of the private sector seems to be over.

recruited. Low research intensity and low international visibility in central Europe (in particular in Poland, Romania, Bulgaria, Latvia, and Estonia), although caused by multiple factors, may also be related to redefined academic norms that allowed “academic moonlighting” in the private sector.

CONCLUSION

What will probably happen, next? The potentially shrinking private sector, to be able to survive, may be increasingly turning to politicians to get increased access to state subsidies. Vague notions of the “intersectoral” competition and “public remonopolization” of higher education may be increasingly evoked in public debates. State subsidies for full-time students in the private sector, if introduced, may be the first step in private institutions’ long march for public funding.

Recent Polish higher education reforms are most welcome, radically changing the rules of the game. They should not lead to the state-funded survival of private institutions before the two decades of their history have not been adequately evaluated. Polish private-sector growth, followed by its possible decline or its survival based on future public subsidies, may be showing possible patterns of development during hard times in other parts of the globe, where declining demographics are expected and the private sector is funded almost exclusively by fees. Its future is still open: Both demographics and politics will play their substantial roles in the next decade. The role of demographics is predictable, but the role of politics is not. ■

Private Higher Education in Pakistan

NELOFER HALAI

Nelofer Halai is associate professor at the Institute for Educational Development, Aga Khan University, Karachi-75950, Pakistan. E-mail: nelofer.halai@aku.edu.

The demand for higher education all over the world, especially in the developing world, has fueled a tremendous growth of private universities. Countries such as India and China, for example, possess increasing space for private universities to flourish either independently or through private-public or private-international partnerships. However, almost without exception the private universities being established in developing countries are of poor quality, and in this case Pakistan is no exception.

PROMOTION BY THE STATE

Private university education constitutes a relatively recent development in Pakistan. The Aga Khan University was the first private university chartered in 1983, followed by Lahore University of Management Sciences in 1985. The growth of private universities was slow to start, but by 2000 the number had jumped to 10. This sector has now mushroomed to 60, as compared to more than 70 in the public sector, and enrolls roughly a quarter of the student population. The private sector can play a major role in human-resource development in Pakistan if, together with enhancing access, the institutions can provide high-quality education. At this point, the focus is on increasing access to larger numbers of students but not sufficiently on quality of education.

INCREASE IN ACCESS

The growth in the number of both private and public universities has contributed to increased access for students. The Higher Education Commission, established in 2002 for improvement and promotion of higher education, has maintained accurate records of this growth. Enrollment of all students from 2002–2009 has tripled from 275,000 to 800,000. This number includes 115,000 students in private universities. Access to students in the 18-to-23-year-age range has more than doubled—from 2.2 percent to 4.7 percent in the last five years. This is close to the projected increase to 5 percent by 2010, and the long-term goal is to drive this to at least 10 percent. Hence, even this expansion is not sufficient to reach this goal and to keep pace with the demand as student enrollments grow sharply. By 2010, it is estimated, Pakistan will need to accommodate 1.3 million students at the tertiary level.

QUALITY ISSUES

The Higher Education Commission ranking of universities in Pakistan, conducted in 2006, illustrates that the quality of higher education offered by the private sector is of low status. Lahore University of Management Sciences and the Aga Khan University—two private-sector universities at the top in the category of business, information technology, and health sciences—are the exception rather than the norm. Private universities are dogged with problems in all of the five elements, assessed by the Higher Education Commission, that contribute toward a low quality of educational experience. In particular, the paucity of qualified faculty and limited research and research output are two areas that need a great deal of attention. The lack of these two key qualities allow private universities to be seen as institutions that encourage rote memorization to pass an examination to obtain degrees rather than providing intellectual growth for students. In part, the proliferation is motivated by the relatively easy process to establish a university in the private sector, as Higher Education Commission's criteria are not very stringent or even rigorously implemented.

Private university education constitutes a relatively recent development in Pakistan.

MARKET ORIENTATION

Unsurprisingly, private-sector investment is focused in areas that are in high demand but do not require large investments. While they are agile institutions able to respond to market needs in professional education, private universities have been less responsive to the needs of the country in other areas. For instance, considering the abysmal level of social sciences, Pakistan needs strong social science education. However, there appears to be little focus on this topic.

PRIVATE EDUCATION IS EXPENSIVE

Private higher education is also quite expensive. The average per capita income in Pakistan is US\$370 per year, while the average fees for a master's-degree program is estimated as at least US\$1,000–1,500 per year. Obviously these costs are beyond the capacity of an average Pakistani to afford. To bring into fold the student population that lacks the ability to pay, the private sector needs to put into place a transparent but vigorous program of financial support.

PRIVATE SCHOOLS

Supporters of private higher education consider government institutions as wasteful and inefficient by hiring incompetent faculty who are not held accountable for their performance. Private universities are more efficient and can offer high-quality education at a lower cost than government institutions and can and will eventually start competing with international universities. The private school sector is portrayed as a system where private investment has enhanced both access and quality. However, this sector has also created "educational apartheid," where those who can afford the costs obtain access to quality education; but those who cannot are forced to study in low-quality government schools.

An exception has been demonstrated by private schools that have been funded by philanthropic agencies or educational trusts. Such schools have been able to provide high-quality schooling at a reasonable cost to students. In the same way, universities established on an altruistic basis rather than as business ventures have been able to uphold standards. Hence, encouraging the establishment of private universities by similar family trusts or philanthropic organizations might help to enhance access and maintain quality.

A WAY FORWARD

Thus, private university education in Pakistan, barring a few exceptions, is of low quality. If the situation is to change, active government engagement and involvement—by putting in place tough quality-assurance measures that are stringently implemented—are essential. The private universities can deliver both quality and access if the government policies encourage them to do so. ■

Internationalizing Quality Assessment in Central Asia

MARTHA C. MERRILL, SHAKHNOZA YAKUBOVA, AND ZHAZIRA TURLANBEKOVA

Martha C. Merrill, who worked in Kyrgyzstan from 1996–2001, is an associate professor of higher education at Kent State University in Ohio. E-mail: mmerril@kent.edu. Shakhnoza Yakubova is the registrar at the Kazakhstan Institute for Management and Strategic Research. E-mail: syakubov@kent.edu. Zhazira Turlanbekova is a graduate student in higher education administration at Kent State University. E-mail: zturlanb@kent.edu.

Higher education institutions in Kyrgyzstan and Kazakhstan have started internationalizing quality-assessment procedures, while those in Turkmenistan, Uzbekistan, and Tajikistan have not. The differences concern politics (the willingness of national leadership to be transparent, internally and externally) and economics (the nation's ability to finance educational reform and to resist inappropriate "educational exports" of donor nations) more than educational quality. Quality assessment refers to evaluation, whereas assurance implies an audience: Who needs to be assured of quality? The implementation of transparent assessment processes is a first step in assuring students, funders, and potential partners of an institution's quality.

TURKMENISTAN, UZBEKISTAN, TAJIKISTAN: RESISTANCE

Turkmenistan's president, Gurganbully Berdymukhammedov, prefers that Turkmen students and professors avoid external influences. In 2009 and 2010, Turkmenistan refused exit to students planning to study abroad, even at the American University in Central Asia. In February 2011, the government imposed new restrictions on students and faculty, although in March it recognized foreign degrees. However, in April 2011, reports circulated that students returning from abroad for the summer would not be allowed to leave. Educational content and processes are highly politicized; candid assessment by external reviewers is unthinkable.

Uzbekistan participates in a broader range of European Union–funded education programs, than does Turkmenistan, and hosts three international universities. It claims intentions to adopt Bologna process reforms on its TEMPUS (Trans-European Mobility Scheme for University Studies) Uzbekistan Web page. However, higher education remains under strict government control, and Uzbekistan is unlikely to establish a nongovernmental assessment agency, as the Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area require. Even less likely is evaluation by international specialized accrediting agen-

cies or agencies in the European Quality Assurance Register that are certified to conduct audits outside their home countries.

Uzbekistan participates in a broader range of European Union–funded education programs, than does Turkmenistan, and hosts three international universities.

Tajikistan is the poorest of the former-Soviet republics, with a gross domestic product per capita of US\$2,000. Political leaders discourage alternative ideas; even before the current Middle East unrest, parents were asked to bring students home from foreign Islamic schools; and Tajikistan's only private university regularly is threatened with closure. Both Tajikistan's ability to support higher education reform financially and its willingness to insert external critiques into its unsteady political balance are limited.

KYRGYZSTAN: COMPLICATIONS AND "KASHA"

Kyrgyzstan's picture is complex. With 40 percent of its population in poverty, yet the only central Asian member of the World Trade Organization, it has made commitments in four of the five education sectors of the General Agreement on Trade in Services and therefore could be open to providers from WTO members who see education as a "service." Both the most politically unstable and the most internationally open nation in central Asia, Kyrgyzstan hosts universities established by Russia, Turkey, Kuwait, the Organization for Security and Cooperation in Europe, the Aga Khan Foundation, and a Turkish Sufi order, plus the American University in Central Asia, which gives dual degrees with Bard College; branches of seven Russian universities, and two medical schools that teach in English, to attract South Asian students. Kyrgyzstani universities have programs based on contact hours and credit hours (sometimes both in the same institution); Soviet-style diplomas, candidates of sciences (*kandidat nauks*), and doctor of sciences (*doktor nauks*), three-year European-style bachelor's degrees; four-year US-style bachelor's degrees and one- and two-year master's degrees. Local educators call the system *kasha*—literally, porridge, but in slang, "a mess." Kyrgyzstan actively participates in Soros-funded, European Union–funded, and US Agency for International Development–funded programs, has a nationwide network of Bologna process centers, and, with TEMPUS funding, developed "Tuning Project" learning outcomes in 11 disciplines in 13 institutions.

The European Tuning Project, however, is based on different assumptions than those operating in Kyrgyzstan, including institutions' ability to change curricula in response to employer and alumni perceptions. Similarly, the assumptions of the Manual for Organizing an Internal System to Guarantee the Quality in Higher Education Insti-

Kyrgyzstan hosts universities established by Russia, Turkey, Kuwait, the Organization for Security and Cooperation in Europe, the Aga Khan Foundation, and a Turkish Sufi order, plus the American University in Central Asia, which gives dual degrees with Bard College.

tutions in the Kyrgyz Republic—produced in 2007 by the Ministry of Education, Soros Foundation, and the Educational Association “EdNet”—also raise concerns. Whereas the Tuning Project focuses on the design and fulfillment of learning objectives, the European Foundation for Quality Management model emphasizes business functions, with minimal attention to assessing learning. Another externally funded project, the TEMPUS-supported Central Asian Network for Quality Assurance and Accreditation—Involving Kyrgyzstan, Kazakhstan, and Tajikistan—holds useful conferences but has limited influence.

In August 2009, the Ministry of Education signaled intentions to implement Bologna process reforms, and Kyrgyzstan attended the First Bologna Policy Forum in Louvain-la-Neuve in April 2009. Yet, a 2008 report on accreditation (by Amy Kirle Lezberg, a US Agency for International Development contractor) seems more widely known in Bishkek than the European quality-assessment processes; and in March 2011, the US agency sponsored a conference on accreditation and assessment at Issyk-Kul.

KAZAKHSTAN: BOLOGNA REFORMS AND EXTERNAL EVALUATORS

Kazakhstan began internationalizing higher education soon after independence. Between 1991 and 2000, universities with ties to Turkey, Russia, the United States, Germany, the United Kingdom, and the Aga Khan Foundation were established; and the Kazakhstan Institute of Management, Economics, and Strategic Research—which, like half a dozen others, teaches in English—opened in 1992. Nazarbayev University, named after Kazakhstan's president and aiming to be a “world-class” university, was inaugurated on June 28, 2010.

Kazakhstan introduced bachelor's, master's and PhD degrees in 2004; in 2007, the Law on Education confirmed this structure. Universities seek dual-degree partners in Europe and the United States. The former minister of education, Zhanseit Tuimenbayev, frequently called international-program accreditation an important goal. However, a national accreditation process began only in 2005, with the creation of the National Accreditation Agency, followed in 2008 by the independent International Quality Assurance Agency. Kazakhstan's initial Bologna Process National Report says the National Accreditation Agency approved 10 institutions, in 2009. The International Quality Assurance Agency ranked 60 institutions in 2008 but accredited only 6. Nevertheless, many Kazakhstani universities seek program accreditation through international agencies such as ASIIN (the German science and engineering accrediting agency), ACQUIN (the Accreditation, Certification and Quality Assurance Institute from Bayreuth, Germany), ABET (the Accreditation Board for Engineering and Technology), AACSB (the Association to Advance Collegiate Schools of Business), and others. Staff member Magdalena Lieb says ACQUIN has reviewed six universities in Kazakhstan. ABET accredited the Kazakh National Technical University's Metallurgical Engineering program in 2008.

Although Kazakhstan was accepted into the Bologna process in March 2010, many educators may not thoroughly understand the requirements. For example, the National Qualifications Frameworks, described in the State Plan for the Development of Education 2011–2020, sound more like Soviet-era classifiers than the Bologna definition of broad skills all degree holders at each level require.

UNEVEN PROGRESS

Internationalized quality assessment is progressing unevenly throughout central Asia, due to political choices and finances, not educational needs. Turkmenistan and Uzbekistan do not desire external scrutiny. Tajikistan is too poor and too unstable to finance and accept the disruptions that reform might cause. Kyrgyzstan, equally poor and unstable, seems willing to accept whatever donors are willing to fund. Kazakhstan, economically stable and a Bologna process signatory, boasts the most internationalized quality-assessment processes in the region. However, since its president, Nursultan Nazarbayev, was re-elected in April 2011 with 95 percent of the vote, observers might question the determinants of institutional rankings and national assessments. Transparent assessment processes are not yet the norm, even in Kyrgyzstan and Kazakhstan. ■

Quality Assurance in China: The Changing Context

KATHRYN MOHRMAN

Kathryn Mohrman is professor, at the School of Public Affairs, Arizona State University. E-mail: kmohrman@asu.edu. Special thanks to Wang Yingjie and Li Xu of Beijing Normal University for their contributions to the longer article from which this is adapted.

In the last 30 years, virtually every aspect of higher education in China has been altered. Rather than an educational system run from Beijing, China has moved toward a more market-oriented system, in which the government focuses on quality—through a combination of American accreditation processes and European “steering at a distance.”

THE CONTEXT

The system developed within the context of five major factors, and the key is massification. But since increases in funding have not kept pace with enrollment growth, the support per student declined—along with reduced quality. Undergraduate teaching was neglected; a new faculty assessment process focuses on research productivity, encouraging professors to devote more of their energies to publications. The regulatory burden was placed on colleges and universities by early evaluation schemes. The changing relationship between government and higher education institutions has signified greater autonomy for colleges and universities.

Finally, in the context of internationalization, China chose to align its quality-assurance system with comparable programs in Europe and the United States, although the stakes are higher (in terms of funding levels and enrollment quotas, for example) than is the case in many Western countries.

POLICY IMPLEMENTATION

Starting in 2003, the Chinese Ministry of Education announced a series of indicators to be used in assessment of undergraduate education—including mission, academic resources, instructional development, and learning outcomes. Almost 600 universities were evaluated by the ministry on a five-year cycle of undergraduate instructional assessment.

The process is a combination of European and American systems of assessment and evaluation. Institutions begin with a self-study—comparing their instructional conditions, administrative practices, strengths, and weaknesses with the indicators published by the ministry. Course evaluations, filled out by undergraduates every semester, are

now required components of institutional self-assessment. However, the information is not always used for continuous improvement purposes, as much as satisfying the evaluation requirements.

Next is a site visit by a visiting team of experts, followed by a team report to the relevant ministry office. Unlike the American system, the self-study, team reports, and final report are not necessarily confidential; the ministry plans to post such documents on its Web site in the future.

The development of a quality-assurance system has been a positive example of communication between the Ministry of Education and institutions, with changes in policy and procedures, based on the experience of the first five-year cycle. For example, all institutions of higher education were initially evaluated on the same criteria, but it became clear that large research universities and small technical colleges should not be held to the same standards. As a result, the ministry created a differentiated system, in which mission and unique factors were taken into account.

Similarly, critics focused on inappropriate or vague indicators. In response to these concerns, the ministry sharpened its definitions, provided greater detail, and shifted toward qualitative reporting rather than the initial highly quantitative approach. In addition, the ministry now offers examples of good plans for educational improvement, faculty development, campus construction, and so on, to provide guidance to institutions undergoing evaluation.

A significant problem with the system has been fraud and corruption. Because of the high stakes involved in the quality-assurance process, institutions falsified data to avoid reduced funding and lower enrollment quotas. The Ministry of Education has instructed its examiners to be alert to suspicious statistics; in addition it plans to collect its own set of basic statistics to mitigate the reliance on institutional

People also question the surprisingly high proportion of institutions receiving “excellent” ratings, exceeding 80 percent, in 2007.

data. Also, some universities provided lavish gifts, stipends, and accommodations to the visiting team; the ministry has issued strict regulations against luxuries and bribes.

People also question the surprisingly high proportion of institutions receiving “excellent” ratings, exceeding 80 percent, in 2007. Critics also worry that institutions have not woven quality assurance into the fabric of the institution but rather devote all their energies to the site-visit process, once every five years.

Overall, the quality-assurance process has had positive effects on Chinese higher education. Colleges and universities are paying more attention to undergraduate education; in fact, full professors are now expected to teach undergraduates regularly. Institutions are also investing more of their own resources in libraries, laboratories, classrooms, faculty development, and other educational enhancements. In addition, universities have also engaged more seriously in strategic planning around the undergraduate programs; the most successful institutions were granted greater autonomy, as a result. Many of the current issues in Chinese higher education—innovative pedagogy, developing creativity in students, more interdisciplinary work—have come about in part because of greater attention to the quality of the undergraduate programs. Based on current successes, the quality-assurance process is being extended to the graduate level as well.

In November 2010, the Ministry of Education announced the creation of the National Higher Education Quality Assurance and Evaluation Institutions Coordination Association. Including more than 200-member institutions, the association is an organization comparable to the European Network for Quality Assurance in Higher Education and the Council for Higher Education Accreditation in the United States.

FUTURE PROSPECTS

China has been clearly moving from the state as education provider to the state as regulator, facilitator, and coordinator. Critics of the system believe, however, that the ministry's control is still too strong. The quality-assurance system requires that institutions themselves implement reforms, yet their autonomy is still limited. Scholars such as Ka-ho Mok describe it as "centralized decentralization," in which operational decentralization is combined with recentralization of strategic command; Mok believes that the government's role has been strengthened rather than diminished by current policy changes.

Some interesting counterexamples do exist. In 2010, three separate groups of universities announced unilaterally that they would administer their own entrance examinations, alongside the national higher education entrance (*GaoKao*) test. The universities will consider both scores in deciding which applicants to admit. Although it appears to be a competition among universities for students, it is also considered as the universities' direct action for autonomy in quality assurance—without waiting for the Ministry of Education's directives.

The system will continue to evolve in China. Recent policy pronouncements, such as the National Mid-long Term Plan for Education Reform and Development (2010–2020), highlight the importance of quality assurance, if

China hopes to achieve its goals of economic and social development. Marketlike structures will continue to encourage nonstate investment in higher education—by families, students, and private enterprises, alike—to meet a seemingly insatiable demand for higher education. ■

IMPRESSUM

EDITOR

Philip G. Altbach

PUBLICATIONS EDITOR

Edith S. Hoshino

ASSISTANT EDITOR

Salina Kopellas

EDITORIAL OFFICE

Center for International Higher Education

Campion Hall

Boston College

Chestnut Hill, MA 02467

USA

Tel: (617) 552-4236

Fax: (617) 552-8422

E-Mail: higherred@bc.edu

<http://www.bc.edu/cihe>

ISSN: 1084-0613

© Center for International Higher Education

Published in cooperation with duz EUROPA

**Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.**

Dem Palast der Nation in Brüssel fehlt eine gewählte Regierung. Seit einem Jahr wird das Gebäude nur von einer geschäftsführenden Regierung genutzt.



Foto: Wikimedia E. Ayesta Perio

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Von Annette Birschel

Regierungskrise

Flämische Hochschulen wollen dem politischen Vakuum in Belgien trotzen

Brüssel Seit gut einem Jahr ist Belgien ohne gewählte Regierung. Daran wird sich auch in den nächsten Monaten nichts ändern. Doch das erschüttert die Forscher im Land nicht. Was ihnen die Gelassenheit raubt, war Ende vergangenen Jahres zu sehen. „Die jetzige (Übergangs-)Regierung spricht dauernd davon, wie wichtig Wissenschaft und Innovation sind“, wetterten sie Ende 2010 in einem offenen Brief. „In der Praxis verfolgt sie aber eine Sparpolitik.“ Anlass für den Protest waren Kürzungen beim Forschungsetat. Fast 7 000 Wissenschaftler der flämischen Universitäten und Hochschulen unterzeichneten die Petition gegen Sparmaßnahmen und für mehr Investitionen in die Hochschulen. Mit Erfolg. Im Mai ruderte die für wissenschaftliche Forschung zuständige Ministerin Ingrid Lieten zurück.

Ein totaler Erfolg war die Protestaktion dennoch nicht, räumt Dr. Jan Dumolyn ein. Er ist Professor für mittelalterliche Geschichte an der Universität Gent. Denn ein Teil der Forschungsmillionen soll vorzugsweise an jene Projekte vergeben werden, die einen unmittelbaren ökonomischen oder gesellschaftlichen Nutzen haben. „Eigentlich ist das eine verkappte Zulage für andere Ministerien“, sagt Dumolyn. „Alles, was direkt bei Fragen wie Mobilität, Energie oder Gesundheit hilft, wird finanziert.“ Hinten anstellen muss sich dagegen die Grundlagenforschung. Nur 14 Prozent der Förderanträge für Forschungsprojekte erhielten im vorigen Jahr den Zuschlag.

Dennoch ist Dumolyn, einer der Initiatoren der Protestbewegung „Forscher in Aktion“, relativ optimistisch. „Es wäre eine Riesendummheit, wenn Belgien bei der Forschung sparen würde“, sagt er. Belgien sei wirtschaftlich von anderen Ländern abhängig, könne aber mit Wissenschaft und Forschung einen großen Beitrag gerade in der wirtschaftsstarken Region Flandern leisten. Auch die Universitäten genossen einen ausgezeichneten internationalen Ruf.

Flandern will als Wissensökonomie eine europäische Spitzenposition einnehmen. „Bei Forschung und Bildung wird nicht gespart“, heißt es in den zuständigen flämischen Ministerien. In Belgien verantworten mit Flandern und Wallonien die regionalen Gemeinschaften die Finanzierung der Unis und der Forschung. „Die politische Krise Belgiens berührt uns daher auch nicht“, stellt das Bildungsministerium fest. Flandern habe schließlich eine funktionierende ordentliche Regierung und einen ausgeglichenen Haushalt.

Doch Flandern ist keine Insel. Erst mit Wallonien wird daraus ein Staat – und dem geht es finanziell nicht gut. Mindestens 22 Milliarden Euro muss Belgien sparen, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Zudem verlangt die EU-Kommission den drastischen Abbau der Staatsverschuldung. Wo gekürzt werden soll, steht in den Sternen, hat das Land doch seit einem Jahr nur eine geschäftsführende Regierung. „Eigentlich ist die Krise nur gut für uns“, sagt Dumolyn beinahe zynisch. Schließlich müssten

Belgien auf einen Blick



Gratifikation: Wikimedia

Die Hochschulpolitik:

Belgien ist ein föderaler Staat. Die gesetzliche Hoheit in Bildungsfragen liegt bei den regionalen Gemeinschaften Flandern und Wallonien.

Die Hochschulen:

Flandern hat sieben Unis und 22 Fachhochschulen (FH). Die FHs und Unis arbeiten in fünf sogenannten Assoziationen zusammen. In Wallonien gibt es neun Universitäten.



Die Studierenden:

An den flämischen Hochschulen sind rund 188 000 Studierende eingeschrieben. Davon machen 30 000 einen Master, 66 000 einen Bachelor und der Rest einen berufsvorbereitenden Bachelor. Wallonische Unis zählen mehr als 60 000 Studierende.

die Universitäten jetzt noch nicht unter der Haushaltssanierung leiden. Dass diese jedoch kommt, steht fest, egal ob es bald eine Regierung geben wird oder Neuwahlen im Herbst ausgeschrieben werden.

Der Rotstift wird auch Flandern treffen, warnt der Physikprofessor Dr. Jan Danckaert von der Freien Universität Brüssel. „Die Ursache des Problems ist die Rasenmäher-Methode. Man schneidet von allem ein bisschen weg, ohne nachzudenken und klare Entscheidungen zu treffen.“ Eine für Danckaert fatale Haltung für die Wissenschaft. Gerade Belgien sollte in dieser Krise viel mehr investieren. „Wenn die Ziele des Pakts 2020 erreicht werden sollen, muss der Etat für Forschung um mindestens zehn Prozent jährlich steigen.“



Pascal Smet ist seit Juli 2009 flämischer Bildungsminister. Er gehört der sozialistischen Partei an.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Mehr Geld für die Bildung

„Von Sparmaßnahmen wenig zu merken“

Smet Der flämische Bildungsminister Pascal Smet geht davon aus, dass der Etat für die Hochschulen in den nächsten Jahren wieder steigt. Die Zahl der Professoren soll um mehr als ein Drittel zunehmen.

duz Haben die Sparmaßnahmen, die in Belgien notwendig sein werden, Folgen für die Universitäten in Flandern?

Smet Bisher wirkten sich die Sparmaßnahmen auf die Haushalte von Bildung und Wissenschaft begrenzt aus. Im Jahr 2011 waren das 1,27 Prozent. Faktisch werden die meisten Universitäten und Hochschulen davon wenig merken. Denn der Finanzierungsmechanismus, wonach die Mittel an die Zahl der Studenten gekoppelt sind, blieb. Daher rechnen wir damit, dass auch in den kommenden Jahren der Etat strukturell zunehmen wird.

duz Mit dem Pakt 2020 will Flandern ein Prozent des Bruttonsozialproduktes aus öffentlichen Mitteln in Wissenschaft und Innovation investieren. Wie wollen Sie das Ziel erreichen?

Smet Zur Zeit haben wir 0,7 Prozent, damit liegen wir im Schnitt der EU-25. Um das Ziel 2020 zu erreichen, müsste der Haushalt jährlich um etwa 170 Millionen Euro, rund zehn Prozent, steigen. Die flämische Regierung hat beschlossen, in den kommenden Jahren stark zu investieren. Nach den vorläufigen Zahlen sollen das bis 2014 etwa 70 Millionen Euro pro Jahr sein. Das heißt, dass auch die nächste Regierung weiterhin große Anstrengungen unternehmen muss.

duz Muss Flandern neben dem Forschungsetat auch die Mittel für die Lehre an den Universitäten erhöhen?

Smet In den kommenden Jahren wird die Basisfinanzierung der Universitäten im Rahmen einer großen Reform erhöht. Dadurch wird die Zahl der Planstellen für Professoren in den nächsten zwölf Jahren gegenüber 2011 um 38 Prozent steigen.

Die Fragen stellte Annette Birschel.

In dem Pakt hat die flämische Regierung konkrete Ziele der Wissenschaftspolitik festgeschrieben. Demnach will Flandern ab 2020 pro Jahr drei Prozent des Bruttonsozialproduktes in Wissenschaft und Innovation investieren, zwei Drittel davon aus dem privaten Sektor und ein Drittel aus öffentlichen Mitteln. „Aber das ist noch lange nicht erreicht“, sagt Danckaert. Im Gegenteil: „Jetzt geht es ums Sparen statt ums Investieren.“ In den vorigen zwei Jahren seien vom Forschungsetat mehr als 70 Millionen Euro gekürzt worden. Die Folgen werden laut Danckaert dramatisch sein: Immer mehr gute Forscher wandern ins Ausland ab, und Projekte kommen nicht voran.

Dasselbe gelte für die Lehre, fügt der Genter Professor Dumolyn hinzu. In den vergangenen zehn Jahren sei die Zahl der Studierenden um 45 Prozent gestiegen. „Die Arbeitsbelastung der Dozenten hat enorm zugenommen. Doch die Mittel blieben gleich.“ Folgen seien ein großer Personalmangel und ein Verlust in der Ausbildungsqualität.

In den Mittelpunkt gerät damit auch die Basisfinanzierung des Bildungsministeriums, mit der die Hochschulen die Kosten für die Lehre decken müssen. Wenn die flämischen Unis ihre bisherige gute internationale Position halten wollen, muss nach Ansicht der Kritiker auch die Basisfinanzierung um zehn Prozent erhöht werden. „Die Professoren müssen eben härter arbeiten“, erklärte Bildungsminister Pascal Smet lapidar auf

die Klage der Unis. Damit brachte er sie erst recht auf die Barrikaden. „Diese Haltung hat eigentlich unseren Protest erst ausgelöst“, sagt Dumolyn. Die Petition gegen die Kürzung der Forschungsmittel sei erst der Anfang gewesen, prophezeite er. Sollten weitere Sparmaßnahmen drohen, würden die flämischen Forscher erneut in Aktion treten. Dumolyn: „Der Erfolg unserer Petition zeigt, dass wir stark sind.“

Annette Birschel ist Journalistin in Amsterdam.

Promotionsförderung

Die Doktoratsschulen:

Seit einem Jahr haben alle Universitäten Doktoratsschulen eingerichtet, um gezielt Promovierende zu fördern. An den großen Hochschulen gibt es jeweils eine pro wissenschaftlichen Zweig, etwa in den Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften oder der Biomedizin. Die kleineren Universitäten verfügen meist nur über eine fakultätsübergreifende Fördereinrichtung.

Das Ziel:

Die flämische Regierung will im kommenden Jahr vier Millionen Euro extra für diese Schulen freimachen, um die Ausbildung und Begleitung junger Wissenschaftler zu fördern. Dies soll den Ruf der Doktorarbeit weiter stärken. Zwischen 1999 und 2009 war die Zahl der Promotionen bereits von 595 auf 1 228 gestiegen, eine Zunahme um 112 Prozent.

duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG
MAGAZIN
Nachrichten für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Noteinsatz für die wissenschaftliche Weiterbildung:
Warum die Unis sich radikal öffnen müssen.
- Der nächste Gigant: Warum so viele deutsche Hochschulen jetzt mit Brasilien kooperieren.

Deutsche Universitätszeitung

Wissenschaft weiterdenken



Ja, ich bestelle:

- (ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)
- (ein duz-Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 129,00 Euro (inkl. 7 % Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)
- (ein Abonnement duz EUROPA ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugs- halbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90,
10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: www.duz.de

Fünf Zugänge in einem Abonnement
duz MAGAZIN, AKADEMIE, EUROPA, SPECIALS und duz ONLINE – zuverlässiger Partner für unabhängige Fachinformation

Fundierte Hintergrundinfos
zu Trends und Strömungen aus Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement

Kompakte Nachrichten
aus dem nationalen und internationalen Hochschul- und Wissenschaftsgeschehen

Verlässliche Empfehlungen
zu Namen und Netzwerken als potenzielle Unterstützer und beispielhafte Vordenker

Aktuelle Stellenausschreibungen
bis zum Ende der Bewerbungsfrist

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

E-mail

Datum / Unterschrift

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift